BEILAGE **Sondernummer zur Wahl** 1 H 20 150 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 6 vom 9. Februar 1974 | 8. Jahrgang | 50 Pfennig

Brecht das Lohndiktat!

**In Hamburg, München, Nürnberg, Hannover, Mainz und vielen anderen Städten Westdeutschlands und in Westberlin halten in den letzten Tagen Kollegen Protestversammlungen ab, treten in den Streik, demonstrieren.
Briefträger, Busfahrer ,Seeleute, Müllarbeiter, Postler und Postlehrlinge, Metallarbeiter und Schornsteinfeger stehen im Kampf gegen die Teuerung, gegen das Lohndiktat von Kapitalisten und Regierung.**



Die Gewerkschaftsführung gibt sich radikal. Von Mitglieder mobilisieren, von Urabstimmung für Streik ist die Rede. In Wirklichkeit fürchtet sie die Kampfkraft der Kollegen und setzt alles daran, Streikaktionen zu verhindern.
– In Bremen, wo 2.000 Kollegen nach dem Abbruch der Tarifverhandlungen für Metall Unterweser zusammenkommen, verbieten die Bonzen, unter ihnen Loderer, die Diskussion. Sprechchöre von Kollegen werden mit Popmusik erstickt.
– In Wanne-Eickel auf einer Protestversammlung der ÖTV sollen die Kollegen gezwungen werden, einer Entschließung der Gewerkschaftsführung zuzustimmen, ohne daß sie verlesen wird.
– Wo die Kollegen spontan in den Kampf treten, wie die Busfahrer in Köln , die für zwei Stunden den Verkehr lahmlegen, distanziert sich die Gewerkschaftsführung.

Angesichts der weiteren Verschärfung der Klassenkämpfe sind die Feinde der Arbeiterklasse, Kapital, DGB-Führung und Regierung noch enger zusammengerückt. Offen erklärte ein Bonze auf einer ÖTV-Versammlung: "Uns geht es nicht einmal um Wachstum, sondern nur darum, den Lohnstandard des vergangenen Jahres zu erhalten." **Das sind genau die gleichen Töne, wie wir sie von der Brandt-Regierung hören: die Arbeiter sollen verzichten, damit die Kapitalisten in der Krise noch fettere Profite scheffeln können.**

Die Gemeinsamkeit geht noch weiter. Hetzen Kapital und Regierung gerade gegen den Streik der Kollegen vom öffentlichen Dienst, drohen sie mit steigenden Preisen bei Post und Bahn, malen sie das Chaos an die Wand, so schlägt auch hier die DGB-Führung in die gleiche Kerbe mit ihrem Slogan: der ÖTV-Streik darf die Bevölkerung nicht gefährden.

Was heißt denn hier Bevölkerung? Gefährdet durch einen massenhaften Kampf der Kollegen vom öffentlichen Dienst ist das Kapital, ist seine "demokratische Ordnung". Ausdruck davon ist der Haß, der zunehmend mehr auch den angeblichen Volksvertretern im Parlament entgegenschlägt. Als zum Beispiel auf einer ÖTV-Versammlung über die unverschämte Diätenerhöhung der Bundestagsabgeordneten geredet wurde, kamen Zurufe wie "Aufhängen soll man sie!", die mit starkem Beifall begleitet wurden.

Um diese "demokratische Ordnung", die nichts ist als die Diktatur des Kapitals, vor weiteren Erschütterungen zu retten, sollen die Kämpfe der Arbeiterklasse im Keim erstickt werden.

Der Hauptangriff kommt vom kapitalistischen Staat, als erste sollen die Kollegen vom öffentlichen Dienst in die Knie gezwungen werden.

Daß sie diesen Angriff zurückschlagen, daß sie für ihre berechtigten Interessen in den Kampf treten, liegt darum im Interesse aller anderen Arbeiter und Angestellten. Es nützt dem Kampf der Metaller und aller anderen Kollegen, wenn sie sich mit ihren Kollegen vom öffentlichen Dienst solidarisch erklären – auch wenn einige Stunden oder Tage kein Bus und keine Straßenbahn zum Betrieb fährt.

Ob Busfahrer oder Metallarbeiter, klar ist, daß die Arbeiter und Angestellten auf ihre eigene Kraft vertrauen müssen. Nur im selbständigen Kampf gegen Kapital, DGB-Apparat und Regierung können Erfolge errungen werden.

Sascha muss in Deutschland bleiben



Sascha Haschemi (2. von links) zusammen mit Münchner Genossen bei einer Unterschriftensammlung

Genosse Sascha, 20 Jahre, Aktivist der ROTEN GARDE München, ist Deutscher, auch wenn er einen iranischen Paß besitzt. Als Sohn einer Deutschen und eines Persers ist er in München geboren und aufgewachsen. Er spricht kein Wort persisch, den Iran kennt er nur aus Erzählungen seines Vaters. Mit 18 Jahren bereits stellte er Antrag auf die deutsche Staatsbürgerschaft. Vor Jahren, als Sascha noch ein Kind war, erklärte selbst die bürgerliche Justiz seinen Eltern: "Sascha ist deutscher Nationalität!" Heute aber, wo er zum Kommunisten herangewachsen ist, wo die Bourgeoisie in ihm einen unerbittlichen Feind erkannt hat, der mutig für die Interessen der Arbeiterklasse kämpft, stempelt sie ihn zum "Ausländer". SASCHA SOLL AUSGEWIESEN WERDEN! Die werktätigen Massen zwangen die westdeutschen Imperialisten nach dem 2. Weltkrieg, die Todesstrafe abzuschaffen. Nur zu gern bedienen sich diese Herren heute der Folterkammern des faschistischen Schah-Regimes, um einen deutschen Kommunisten zu vernichten. Denn eine Ausweisung nach Persien würde mit Sicherheit den Tod bedeuten.

Fortsetzung auf Seite 2

Astrid Proll durch Folter schwer krank!

Nach Katharina Hammerschmidt ist nun auch Astrid Proll schwer erkrankt. Ein Arzt bestätigte, daß Genossin Astrid, die seit mehr als zwei Jahren in strengster Isolierhaft gehalten wird, wegen Kreislaufversagens und abnorm niedrigem Blutdruck nicht mehr verhandlungsfähig sei, daß eine lange, aufwendige Spezialbehandlung außerhalb des Gefängnisses zu ihrer Heilung nötig ist.

Zweifellos sind diese Krankheiten Folgen der Folterungen, denen Genossin Astrid im Gefängnis ausgesetzt war. Denn Isolierhaft ist Folter! Wegen dieser totalen Isolation von Häftlingen, die bis zur Schallisolierung, bis zur Vermauerung der Zellenfenster reicht, hat Amnesty International vor wenigen Wochen die DBR aufgenommen in die Reihe von Staaten, die politische Häftlinge systematisch foltern.

Zweifellos ist Astrid Proll weder das erste noch das letzte Opfer dieser Folterungen. Marianne Herzog wurde ebenfalls schwerkrank vor Gericht geschleift. Ulrike Meinhoff, Gudrun Ensslin, Andreas Baader und andere Genossen wurden gefoltert - durch Isolierhaft, Schläge, Wasserentzug bei Hungerstreiks. Wie krank sie inzwischen sind, verschweigen die Gerichte. Haftverschonung wurde Genossin Astrid bisher verweigert. Der Staatsanwalt will sie durch "medikamentöse Intensivtherapie" - sprich Aufputschmittel - wieder auf die Beine bringen. Das muß verhindert werden!

SOFORTIGE FREILASSUNG VON ASTRID PROLL!

Zum Juso-Kongress

In München hielten die Jusos ihren Bundeskongreß ab. Sein wichtigstes Ergebnis war, daß sich auf diesem Kongreß der wachsende Einfluß des modernen Revisionismus deutlich manifestierte. Wie stark der Einfluß der D"K"P-Revisionisten geworden ist, zeigt die Tatsache, daß die Jusos es für nötig hielten, einen Antrag zu verabschieden, in dem festgestellt wird, daß es "nicht das Ziel der Jusos ist, die DKP zu stärken". Auf dem Kongreß aber stimmten durchgehend über 100 der Delegierten für Anträge, die sich an der Politik der D"K"P-Revisionisten orientierten.

Von der Entwicklung der Jusos her, ist diese Tendenz nicht verwunderlich. Vor dem Ausbruch der Studentenbewegung waren die Jusos praktisch nichts anderes als ein Übungsfeld für den Karrieristennachwuchs in der SPD. Die von der bürgerlichen Presse hochgejubelte "radikale Wendung" der Jusos hatte die Aufgabe, den starken, revolutionären Tendenzen in der Studentenbewegung entgegenzuwirken und den reformistischen Teil der Studentenbewegung zu gewinnen, der unter der Parole vom "Marsch durch die Institutionen" angetreten war. Der moderne Revisionismus konnte auf einen großen Teil dieser kleinbürgerlichen Intelligenz zunächst keinen Einfluß gewinnen, weil sie durch das Beispiel der faschistischen Diktaturen in den revisionistisch entarteten Ländern zu sehr abgeschreckt wurden.

Hier liegt die Basis für den wachsenden Einfluß des D"K"P-Revisionismus bei den Jusos. Die SPD ist als geschäftsführende Partei des Monopolkapitals zu sehr bloßgestellt als daß sie die reformistischen Illusionen noch lange nähren könnte. Sie bietet kein geschlossenes System des Reformismus, weil sie eben keine reformistische Partei ist, weil sie als Partei des Monopolkapitals nicht den Anspruch erhebt, den Kapitalismus durch den Sozialismus zu ersetzen. In diesen Widerspruch zwischen den reformistischen Wünschen der Jusos und dem Wesen der SPD als geschäftsführende Partei des Monopolkapitals stoßen die modernen Revisionisten.

Die D"K"P-Revisionisten sehen in der Verstärkung ihres Einflusses unter den Jusos vor allen Dingen die Möglichkeit, die von ihnen seit langem angestrebte Aktionseinheit mit der SPD schneller zu verwirklichen. Sie wollen möglichst schnell Positionen im bürgerlichen Staatsapparat erringen, um gemeinsam mit der SPD die Interessen der Kapitalisten gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung und die Kommunistische Partei wirkungsvoller verteidigen zu können. **Gleichzeitig soll eine - durch Anbiederung an die SPD, die als antimonopolistisches Bündnis verkauft werden soll, erreichte - Beteiligung der D"K"P an der Regierungsmacht es ermöglichen, in der Arbeiterklasse die Möglichkeit der "friedlichen Machtergreifung" als realistischen Weg zu propagieren, um die Arbeiterklasse vom einzigen Weg ihrer Befreiung, der gewaltsamen Zerschlagung des imperialistischen Systems, abzulenken.**

Ölgeschäfte am arabischen Golf

Am 28. Januar trafen sich der Schah von Persien und Wirtschaftsminister Friderichs in St. Moritz, um über weitere Energiegeschäfte zu verhandeln. Verhandelt wurde über 15 Industrieprojekte, eine Großraffinerie sowie über Erdgaslieferungen.

Mehr denn je sind die westdeutschen Imperialisten an neuen Öl- und Erdgasgeschäften mit dem reaktionären Schahregime interessiert, seit die arabischen Länder ihr Öl zu einer scharfen politischen Waffe gegen die Unterstützung der zionistischen Aggression gemacht haben.

Am arabischen Golf soll mit westdeutscher Beteiligung von 800 Mio. DM eine Großraffinerie gebaut werden, die westdeutsche Ölkonzerne sowie die westdeutsche Tochtergesellschaft der BP und SHELL beliefern wird. Mit einer Verarbeitung von 25 Mio. Tonnen Rohöl jährlich soll diese Raffinerie die größte der Welt werden.

Daß die westdeutschen Imperialisten bei ihren Geschäften im Iran auf die Konkurrenz der Supermächte stoßen, zeigt sich bei den Verhandlungen über das Erdgas: Die sowjetischen Sozialimperialisten schalteten sich in das Geschäft ein, um ebenfalls ihre Profite zu sichern. Das Schahregime wird mehr Erdgas an die Sozialimperialisten liefern und diese werden dafür wiederum Erdgas nach Westdeutschland liefern.

Bereits von anderen Geschäften ist bekannt, daß die sowjetischen Sozialimperialisten Öl aus dem Iran mit einem Aufschlag von 25 % weiterverkaufen. Für die Sozialimperialisten aber hat die Beteiligung an dem Dreiecksgeschäft nicht nur wegen des Profites Bedeutung. Vielmehr gerät Westdeutschland durch diesen Vertrag auf dem Energiesektor in weitere Abhängigkeit vom Sozialimperialismus. Bereits jetzt schon sind Verträge unter Dach und Fach, nach denen die westdeutschen Imperialisten Strom, Gas, Öl und Uran aus der Sowjetunion beziehen.

Von der wachsenden Abhängigkeit Westdeutschlands versprechen sich die sowjetischen Sozialimperialisten einen größeren Einfluß in Westeuropa, eine bessere Position im Ringen mit der anderen Supermacht, dem US-Imperialismus, um die Vorherrschaft in Europa.

Die Energieverträge mit der Sowjetunion bedeuten daher nicht die vielgepriesene "Entspannung" in Europa, sondern verschärfte Rivalität zwischen den beiden Supermächten in Europa, Erhöhung der Gefahr eines Krieges zwischen den beiden Supermächten. Die westdeutschen Imperialisten, die aus ihren eigenen imperialistischen Interessen heraus zwischen den beiden Supermächten lavieren, begünstigen damit das Rivalisieren zwischen beiden Supermächten und tragen dazu bei, daß die Gefahr eines imperialistischen Krieges in Europa wächst.

Der Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse gegen die beiden Supermächte, die mit ihren Militärstiefeln in beiden Teilen Deutschlands herrschen, ist daher untrennbar verbunden mit dem Kampf gegen die westdeutschen Imperialisten und ihren imperialistischen Staatsapparat.

Fortsetzung von Seite 1

Sascha muss in Deutschland bleiben!

Um einen "Grund" für die Ausweisung Saschas vorzeigen zu können, bastelte die Klassenjustiz eine Anklageschrift gegen ihn zusammen und stellte ihn vor Gericht. Am 28. Januar begann der Prozeß gegen ihn und die Rotgardisten Hubert und Bernd. Sie sind angeklagt, weil sie am Roten Antikriegstag 1972, während der Olympiade in München, zusammen mit 6.000 antimilitaristischen Kämpfern gegen den imperialistischen Krieg demonstrierten.

Nicht nur, daß die Bourgeoisie sich hier anmaßt, über Antimilitaristen zu richten! Nicht nur, daß sie im Falle Saschas und der anderen angeklagten Genossen nicht einmal Beweise für ihre eigene verlogene Anklageschrift hat! Gegen den breiten Widerstand von Tausenden fortschrittlicher Menschen, die sich mit Sascha solidarisierten, versucht die Klassenjustiz mit offenen faschistischen Methoden ein Terrorurteil durchzupeitschen und damit Saschas Ausweisung vorzubereiten. Was sich seit Prozeßbeginn im Münchener Amtsgericht abspielte, das soll für Sascha wohl ein Vorgeschmack sein auf die iranischen Militärtribunale!

Von der ersten Minute an ist das Gerichtsgebäude von Polizisten umstellt. Überall in den Gängen lauern Zivile. Der Richter versucht zu Beginn, den Widerstand durch scheinbar "liberale" Zugeständnisse zu ersticken. Sogar ein offizieller Protokollant der Partei wird zugelassen. Aber als das Gericht feststellt, daß weder die Partei noch die angeklagten Genossen sich durch solche Manöver täuschen lassen, als der Kampf um die Freiheit der Angeklagten vor Gericht und auf der Straße weitergeht, schlägt es brutal zu: Ausschluß der Öffentlichkeit am ersten Tag, drei Tage Ordnungsstrafe für Sascha, der sich von einem Richter der Klassenjustiz nicht den Mund verbieten läßt. Von da an geht es Schlag auf Schlag:

Am zweiten Verhandlungstag schließt das Gericht die Öffentlichkeit generell aus - bis zur Urteilsverkündung. Die Zuschauer werden aus dem Saal gezerrt, jeder einzelne fotographiert und namentlich festgestellt. Als die Verteidigerin gegen diese illegale erkennungsdienstliche Behandlung protestiert, wird sie vom Staatsanwalt angeschrien: "Sie sind sowieso die Nächste!" Mehr als eine Stunde lang werden die Zuhörer im Gerichtsgebäude von bewaffneten Polizisten festgehalten und bewacht, 15 in "Unterbindungshaft" genommen, einer erst am nächsten Tag entlassen. Auf die Frage, was hier denn "unterbunden" werden soll, antwortet ein Polizist zynisch: "Daß ihr auf die Straße geht und berichtet, was im Gericht passiert". Der Staatsanwalt kündigt jedem einzelnen Zuschauer eine Anzeige wegen "Hausfriedensbruch", der Verteidigung eine Anklage wegen "Begünstigung" an.

Das heißt nichts anderes als: Es ist strafbar, an diesem Prozeß als Zuschauer teilzunehmen - auch wenn die bürgerlichen Gesetze die Öffentlichkeit von Gerichtsverhandlungen garantieren.

Flugblätter, die die Partei verteilt, werden noch am gleichen Abend beschlagnahmt. Auch am nächsten Prozeßtag suchen Polizeitrupps überall in der Stadt nach Flugblättern und Wandzeitungen, unter persönlicher Leitung von Staatsanwalt Wahl. Was immer sie finden, wird beschlagnahmt. Begründung: "Der Inhalt ist kriminell".

Allerdings: "Kriminell" ist das, worüber diese Flugblätter berichten! Am Freitag wird auch der offizielle Protokollant der Partei aus dem Gerichtssaal verwiesen, weil er Ereignisse aus der Verhandlung öffentlich gemacht habe. Die bürgerliche Presse hat ebenfalls Schreibverbot.

Es ist strafbar, an diesem Prozeß teilzunehmen. Es ist verboten, darüber zu berichten. Die Verurteilung der drei Genossen, Saschas Ausweisung - das alles soll hinter verschlossenen Türen ausgemauschelt werden, das Volk, dessen Widerstand diese Herren fürchten, soll nicht ein Sterbenswörtchen darüber erfahren.

Aber die Klassenjustiz hat sich getäuscht! Wir werden alle diese Angriffe, die gegen die angeklagten Genossen, gegen die Partei, gegen das Volk gerichtet sind, verstärkt in die Massen tragen! Wir werden den Kampf gegen Saschas Ausweisung noch besser organisieren!

Nächster Prozeßtermin: Donnerstag, 7. Febr. 1974. Protestiert beim Amtsgericht München, 8 München Pacellistr.; Protestiert beim bayerischen Innenministerium (8 München, Odeonsplatz) und beim Ausländeramt München (Ettstr.) gegen die geplante Ausweisung von Genossen Sascha Haschemi!

SOFORTIGE WIEDERHERSTELLUNG DER ÖFFENTLICHKEIT!
FREISPRUCH FÜR SASCHA, BERND UND HUBERT!
SASCHA MUSS IN DEUTSCHLAND BLEIBEN!
NIEDER MIT DER KLASSENJUSTIZ!
KAMPF DER POLITISCHEN UNTERDRÜCKUNG!

Solidarität mit Sascha!

Unter den Parolen: "Freispruch für die Angeklagten im Antikriegstagsprozeß" und "Sascha muß in Deutschland bleiben!" haben Partei, ROTE GARDE und KSB/ML in der letzten Woche zur Solidarität mit Genossen Sascha aufgerufen. Innerhalb weniger Tage wurden mehr als 2.000 Unterschriften gesammelt. Die ROTE HILFE Ostwestfalen, die ROTE HILFE Bochum und Dortmund haben ihre Solidarität mit dem Genossen bekundet. Auf einer Vollversammlung der Universität Gießen wurde eine Protestresolution der Studenten angenommen, ebenso auf einer Vollversammlung des soziologischen Institutes der Universität Bielefeld. In Recklinghausen unterschrieben vier Abteilungen verschiedener Betriebe eine Solidaritätserklärung. Solidaritätsadressen wurden ebenfalls geschickt von der ROTER MORGEN - Leserunde Kreuzberg/Westberlin, von einer Veranstaltung zum 5. Jahrestag der Parteigründung in Essen und von einer Albanienveranstaltung des KSB/ML Kiel. Auf einer Belegschaftsversammlung des Thomas-Müntzer-Verlages unterstützten die Kollegen ebenfalls die Solidaritätsaktion der Partei.

Aus 'ROTER MARDER', Soldatenzeitung für den Standort Hamburg

Häuserkampf

"Der Feind hält das vor uns liegende Dorf besetzt. Unsere eigenen schweren Waffen befinden sich hinter uns. Ihr weiteres Vorgehen in breiter Front über die vor uns befindlichen Pläne kann durch den Feind in seiner Stellung vom Dorf aus verhindert werden. Die 2. Kompanie des Jägerbataillons 162 erhält daher die Aufgabe, dieses Dorf im Häuserkampf vom Feind zu säubern". So etwa hieß die Lage, die bei einer sechsstündigen Übung in Kohlenbissen (bei Münster) ausgegeben wurde.

Die 4. Kompanie mußte den "Feind" spielen und hatte sich im Dorf verschanzt. Ein ganzes Dorf mit allem Drum und Dran - sogar mit Straßen- und Verkehrsschildern - das extra für solche Zwecke auf dem Truppenübungsplatz aufgebaut war! Bereits vorher hatten die Kampfkompanien des Bataillons an mehreren Tagen das Stürmen und Besetzthalten von Häusern im Dorf üben müssen. Die 3. Kompanie übte sogar das Einsteigen über die Dächer.

Sieht man sich die ausgegebene Lage einmal genauer an, dann merkt man gleich, daß da etwas faul ist. Wenn das wirklich ein Teilabschnitt in einem Zweifrontenkrieg sein soll, wo in erster Linie schwere Waffen und Luftwaffe eingesetzt werden soll, warum wird dann "Häuserkampf" geübt? In einem solchen Fall würde das Dorf innerhalb weniger Minuten zu Bruch geschossen. Was hier geprobt wurde, das war kein Zweifrontenkrieg, wie im Plan stand, sondern Bürgerkrieg.

Gerade die Jägereinheiten werden für den sogenannten "inneren Notstand" ausgebildet. Ihr offizieller Kampfauftrag ist der Kampf gegen "Partisanen und bewaffnete Banden im Inneren und Objektschutz, d.h. Schutz wichtiger militärischer und ziviler Einrichtungen, wie z.B. Fabriken". Und wer hier mit "bewaffnete Banden" und "innerer Feind" gemeint ist, wird an einer anderen Manöverlage klar: Soldaten in Auriel/Ostfriesland erhielten den Auftrag: "Die VW-Werke streiken, der Werkschutz und die Polizei sind nicht mehr Herr der Lage. Die Fernmeldekompanie muß den Schutz des Werkes übernehmen".

Für Bosse und Bonzen sollen wir auf unsere Kollegen im Betrieb, unsere eigenen Klassenbrüder schießen! Aber daraus wird nichts! Gemeinsam werden wir Arbeiter, Bauern und Soldaten das ganze Ausbeuterpack samt Offizieren und Generälen verjagen und den Sozialismus aufbauen!

Dieser Ausgabe des Roten Morgen liegt eine Sondernummer zur Bürgerschaftswahl in Hamburg bei. **Wir weisen daraufhin, daß die Demonstration anläßlich der Wahl am 2. März stattfindet, nicht wie in der Sonderausgabe angekündigt, am 1. März.**

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag und Redaktion: G. Schubert 46 Dortmund-Hörde. Postfach 526 Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde. Postfach 526. PSchKto Dortmund Nr. 417 06 - 466 (Verlag G. Schubert). Tel.: 231/ 41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Dieter Stoll, Duisburg. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36. Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

HDW-Hamburg

Weg mit dem Ausschlussantrag!

4 Jugendvertreter der HDW (Howaldts Deutsche Werft) in Hamburg sollen aus der IG Metall ausgeschlossen werden. Zum Jahreswechsel erhielten sie ein Schreiben von der Verwaltungsstelle der IGM Hamburg, in dem sie aufgefordert wurden, sich von Flugblättern der ROTEN GARDE und des "K"BW zu distanzieren.

Das ist die Situation auf der HDW: Durch Rationalisierungsmaßnahmen wie die Schließung des Werkes Finkenwerder, durch Arbeitshetze wie Akkordanhebung und die geplante Einführung des Prämienlohnsystems verschärfen die HDW-Bosse die Ausbeutung, um ihre Profite zu steigern. Aber auch die Kampfbereitschaft der Kollegen ist seit der letztjährigen Tarifbewegung gewachsen.

Besonders zeigt sich das unter den Lehrlingen. So entstand bei HDW eine gewerkschaftsoppositionelle Jugendgruppe und auch die Forderung für die diesjährige Metalltarifbewegung nach einem Existenzlohn von 600,- DM für alle Lehrlinge wurde, nachdem sie zunächst nur von der ROTEN GARDE propagiert worden war, zuerst von den HDW-Lehrlingen aufgestellt. Vor allem aber fühlt sich ein relativ großer Teil der Lehrlinge zum Kommunismus hingezogen und der Einfluß der ROTEN GARDE wächst ständig.

Die HDW-Bosse reagieren mit Disziplinierungsmaßnahmen, Spaltungsversuchen und verstärkter politischer Unterdrückung. Kollegen werden bespitzelt, schwarze Listen werden geführt. Gleichzeitig versucht die Ausbildungsleitung die Lehrlinge durch "Partnerschaftsgerede" zu verwirren. Bosse und Ausbildungsleitung fanden ihre besten Helfer in der D"K"P, vor allem vertreten durch Müller-Goldenstedt (genannt D"K"P-Mügo), der Mitglied des Bundesvorstandes der D"K"P ist und bei HDW in der Jugendvertretung war, aber vor kurzer Zeit - nicht zuletzt aufgrund des Kampfes der ROTEN GARDE - von den Kollegen nicht wieder in die Jugendvertretung gewählt worden ist. Außerdem sitzen die D"K"P-Revisionisten auch in der Vertrauensleutekörperleitung und im Betriebsrat. Von den Revisionisten in der Vertrauensleutekörperleitung wurden die Ausschlußanträge gestellt. Die ständige antikommunistische Hetze der D"K"P soll den Ausschlüssen den Boden bereiten. Durch Bespitzelung der Kollegen im Auftrag des ebenfalls revisionistischen Ortsjugendausschusses und durch D"K"P-Mügos offene Denunziationen von Kollegen führt die D"K"P den Kampf gegen die klassenkämpferische Vertretung der HDW-Jugend.

Die Kollegen erleben D"K"P-Mügo und die anderen Revisionisten bei HDW als Arbeiterverräter und immer mehr Kollegen erkennen: die D"K"P ist die Partei des Arbeiterverrats. Wer die Kapitalisten bekämpfen will, muß auch ihre Handlanger vom Schlage Mügo bekämpfen.

Diese klare Stoßrichtung versucht der Hamburger "Kommunistische" Bund zu verwischen. Er redet davon, man dürfe die Widersprüche zur D"K"P nicht unnötig verschärfen. Sie wollen überhaupt der Arbeiterklasse ihren Opportunismus aufzwingen. So vertuschen sie die Tatsache, daß die DGB-Führung die Interessen der Kapitalisten vertritt. Statt dem Kampf gegen die Gewerkschaftsausschlüsse mit der Parole "Vorwärts zur revolutionären Gewerkschaftsopposition!" eine klare Stoßrichtung zu geben, versuchen sie unter der Parole "Verteidigt die Gewerkschaft gegen ihre wirklichen Spalter!" den Kollegen einzureden, der DGB-Apparat könne durch die Abwahl und Hinaussäuberung einiger Spalter und Bonzen erobert werden, der Zusammenschluß der Kollegen zur revolutionären Gewerkschaftsopposition sei nicht notwendig.

Die Linie des "K"B wird von der ROTEN GARDE entschieden bekämpft. Auch wenn der quantitative Einfluß des "K"B gegenwärtig noch stärker ist als der der ROTEN GARDE, zeichnet sich doch immer deutlicher ab, daß die revolutionäre Linie der Jugendorganisation unserer Partei sich durchsetzt. Die Verschärfung des Kampfes der HDW-Jugend fällt zeitlich mit dem Eingreifen der ROTEN GARDE in die Kämpfe (Anfang 73) zusammen. Die ROTE GARDE hat gegen den anfänglichen Widerstand des "K"B die feste Organisierung der gewerkschaftsoppositionellen Jugendgruppe durchgesetzt. Die ROTE GARDE hat entschlossen und kompromißlos die Verräter von der D"K"P bekämpft. Die ROTE GARDE hatte zunächst als einzige Organisation die Existenzlohnforderung propagiert, die dann von den HDW-Kollegen gegen den anfänglichen Widerstand des "K"B aufgestellt und in andere Betriebe getragen worden ist.

Als einzige Organisation vertritt die ROTE GARDE als Jugendorganisation unserer Partei gegenüber der HDW-Jugend eine klare revolutionäre Linie. Sie bekämpft dabei alle Strömungen, die wie der "K"B Resignation in der Arbeiterklasse verbreiten, die Kollegen in die Defensive drängen wollen. Sie erklärt unmißverständlich, daß die Arbeiterklasse, die Revolution und der Sozialismus auf dem Vormarsch sind.

WEG MIT DEN AUSSCHLUSSANTRÄGEN!

WEG MIT DEM "EXTREMISTENBESCHLUSS"!

VORWÄRTS BEIM AUFBAU DER RGO!

VORWÄRTS MIT DER ROTEN GARDE!



Arbeiterkorrespondenz

Die richtige Antwort

Am 9.1.74 verteilten Rotgardisten den "Roten Schraubstock" bei Mannesmann-Düsseldorf-Rath. Kurz nach 6 Uhr wurden die Genossen von der Polizei überfallen, die Betriebszeitung beschlagnahmt. Als Antwort auf diese Provokation starteten die Genossen am 19.1. eine Mal- und Klebeaktion und verteilten ein entsprechendes Flugblatt vor dem Betrieb.





Rationalisierung

Kurzarbeit, Entlassungen sind für uns Arbeiter auf der Tagesordnung. Die Unternehmer jammern über schlechte Auftragslage und Konjunktur. Wer aber den ganzen Salat ausbaden darf, sind doch wir. Auch bei Freudenberg in Weinheim (Leder und Kunststoff), bei der ich beschäftigt bin, dürfen wir jetzt wieder hören: wie gut es uns doch in den letzten Jahren ging.

Ältere Kollegen wurden mit 63 in den Ruhestand versetzt, viele Abteilungen schaffen schon in Kurzarbeit. In der Ledergerbungsabteilung, in der bis vor kurzem noch 10 Leute beschäftigt waren, arbeiten jetzt noch ganze zwei Kollegen! Die Bosse bei Freudenberg wußten darauf nichts Besseres zu antworten als: Keine Aufträge, keine Arbeit.

WAS ABER IST GESCHEHEN?

Im Weinheimer Stammwerk werden die Häute jetzt nur noch teilgegerbt. Das heißt, sie werden so weit präpariert, daß sie noch transportfähig sind. Dann werden sie nämlich in eins der Zweigwerke Freudenbergs in Südafrika, Frankreich, Spanien, Italien oder Brasilien geschickt. Dort werden sie fertiggemacht und wieder in die Bundesrepublik Deutschland geschickt. Von wegen Arbeitsmangel. Profitsucht nennt man das. Die D"K"P-Betriebszeitung "Tribüne" schweigt. Der Betriebsrat tut nichts. Freudenberg freut sich. Das werden sich die Kollegen merken.

Mit roten Arbeitergrüßen

– Kollege und Freund des Kommunismus

... gezwungen, uns zu nehmen, was uns gehört

Bei HVV, einem 80-Mann-Betrieb in Kiel traten erste Anzeichen für einen Konkurs auf. Als das den Kollegen nach Entlassungen, Kurzarbeit, nichtgezahlten Löhnen von Dezember usw. klar wurde, schrieben einige Kollegen ein Flugblatt. In diesem Flugblatt fordern die Kollegen die sofortige Auszahlung des ihnen zustehenden Geldes und falls das nicht geschieht: "In diesem Falle sind wir gezwungen, uns zu nehmen, was uns gehört".

Der Chef geriet in Panik: Der Verteiler des Flugblattes wurde von ihm tätlich angegriffen. - Auf einer Betriebsversammlung, die sofort einberufen wurde, ging er gar nicht auf den Inhalt des Flugblattes ein, sondern versuchte nur, die Kollegen gegen die Flugblattverteiler und Flugblattschreiber aufzuhetzen. - Die gleitende Arbeitszeit wurde abgeschafft. - Alle Schlüssel für die Betriebsräume eingezogen.

Diese Maßnahmen zeigen den Kollegen nur, daß ihre Vermutung richtig war und daß er jetzt versucht zu retten, was zu retten ist. Auch den Kollegen, die bisher noch gehofft hatten, daß sich ihre Lage eines Tages bessern würde, wurde klar, daß der Konkurs nur noch eine Frage der Zeit ist.

Auch der Versuch, einzelne Arbeiter für seine Interessen zu gewinnen, indem er vereinzelt Löhne auszahlt, wird mißlingen, wenn wir zusammenhalten. Denn nur wenn wir geschlossen und organisiert kämpfen, sind wir stark.

Westberlin:

Landesvorsitzender der KPD/ML entlassen

Kurz vor Weihnachten erlitt Thomas Scheffer, Arbeiter bei AEG in Westberlin, Landesvorsitzender der KPD/ML in Westberlin, einen Betriebsunfall. Die Geschäftsleitung nutzte seine Abwesenheit aus dem Betrieb und schickte ihm die Kündigung ins Haus.

Diese hinterhältige Art der Kündigung zeigt, welche Angst die Kapitalisten vor der Solidarität mit den Kommunisten haben. Mit Recht. Thomas Scheffer hatte sich das Vertrauen der Kollegen erworben: Er trat auf den Betriebsversammlungen auf und kämpfte für ihre Belange. Unter dem Druck aller Kollegen gab es kleine Erfolge: Die Fenster wurden mit Sonnenschutzfarbe gestrichen, die Prüffeldversuche verlegt - die Arbeitsbedingungen so verbessert.

Im Sommer, bei den Kämpfen für Teuerungszulagen, war es die Abteilung, in der Thomas arbeitete, die im Kampf voranging, die Arbeit niederlegte und vom Betriebsrat eine Stellungnahme verlangte. Der Betriebsrat kniff. Stattdessen kamen 3 Herren der Geschäftsleitung und redeten einen ganzen Vormittag lang wie mit Engelszungen auf die Kollegen ein. Am frühen Nachmittag hatten sie zwar erreicht, was sie wollten, der Streik bröckelte ab - Aber die Kollegen konnten sehen: die Kommunisten haben recht. Mit den Kapitalisten reden nützt nichts. Was einzig hilft, ist unversöhnlicher Klassenkampf.

Schließlich wollten die Kollegen Thomas zum Vertrauensmann wählen. Einzig durch mehrfaches Verschieben der Wahl, durch Hetze und Betrug, besonders den türkischen Kollegen gegenüber, gelang es, die Abteilung zu hintergehen. Der alte Vertrauensmann blieb. Thomas wurde zweiter.

Die Kapitalisten legten Thomas nahe, zu kündigen. Umsonst natürlich. Bis dann vor Weihnachten die "günstige Gelegenheit" kam. Trotzdem wurden sie Thomas nicht los. Erst mit totalem Hausverbot, mit Polizei und Werkschutz konnten sie verhindern, daß Thomas weiter in den Betrieb kam.

Aber natürlich organisiert die Betriebszelle den Kampf weiter. Die nächste Station im Kampf ist vor dem Arbeitsgericht. Genosse Thomas und die Betriebszelle der KPD/ML werden hier zeigen, daß auch das Arbeitsgericht nichts ist als ein Instrument der Herrschenden Klasse gegen das Proletariat und seine kommunistische Partei. Die Kollegen werden in diesem Prozeß lernen. Ihre Klarheit über den Charakter dieses Staates wird wachsen, ihr Haß auf das ganze Ausbeutersystem zunehmen.

SOFORTIGE WIEDEREINSTELLUNG VON THOMAS SCHEFFER!

D'K'P kann Teilnahme der KPD/ML an Hamburger Bürgerschafts-wahlen nicht verhindern!

Sitzung des Landeswahlausschusses im Hamburger Rathaus. Es wird über die Zulassung der Parteien zur Bürgerschaftswahl im März entschieden. Bei Liste 9 kommt der gewohnte Trott ins Stocken: KPD/ML. Ein ganzes Bündel von Resolutionen von Landesvorständen, Kreisverbänden usw. der D"K"P liegen auf dem Tisch. Einhellig fordern sie: Verbietet der KPD/ML die Beteiligung an der Wahl!

Ein mögliches Argument hat der Bundeswahlleiter höchstpersönlich in einem Schreiben an die D"K"P geliefert: § 4 des Parteiengesetzes, Gefahr der Namensverwechselung zwischen D"K"P und KPD/ML. Die D"K"P bemüht sich um einen Beweis: 10 Leute hätten gleichzeitig bei der KPD/ML und der D"K"P unterschrieben. Dieses Argument ist so lächerlich, daß noch nicht einmal der Wahlausschuß darauf eingeht.

In Wirklichkeit geht es auch weder der D"K"P noch der Bourgeoisie um irgendeine Verwechselungsgefahr. Was beide aufscheucht, ist ja gerade, daß die Zahl derjenigen immer mehr wächst, die klar erkennen, daß nicht die D"K"P, sondern die KPD/ML in der Tradition der revolutionären KPD Karl Liebknecht's und Rosa Luxemburg's steht.

Und so bleibts auch nicht beim § 4.

Am gleichen Tag erscheint in "Bild" ein Interview mit dem Polizeiminister von NRW, Weyer. Was hier an die Adresse der GRF gesagt ist, gilt vor allem unserer Partei: Zur Wahl "wird es nicht kommen. Es würde eine verfassungswidrige Partei sein. Die Bundesregierung müßte beim Bundesverfassungsgericht einen Verbotsantrag stellen". Und noch mal: "Staatsfeinde müssen verboten werden".

Die D"K"P vor dem Wahlausschuß haut in die gleiche Kerbe. Der D"K"P-Vertrauensmann für die Wahl zitiert den ROTEN MORGEN Nr. 3/74: "Würden wir", wie Genosse Ernst Aust sagt, "zur Bundestagswahl Kandidaten aufstellen, dann würden wir alle Genossen, die wir haben - und wir sind keine grosse starke Partei mit so und so viel Genossen - der Bourgeoisie preisgeben". Das, so der D"K"P-Mann, beweist, daß sich die KPD/ML gar nicht ernsthaft an den Wahlen beteiligen will. **Diese Kritik daran, daß die Partei ihre Genossen nicht der Bourgeoisie preisgeben will, ist nichts anderes als eine offene Aufforderung an Weyer und Konsorten!**

Und was die Ernsthaftigkeit der Beteiligung an der Wahl angeht, so wollen wir noch einmal klipp und klar feststellen: Allerdings will die KPD/ML nicht "ernsthaft" wie die SPD, die CDU, die FDP oder auch die D"K"P an der Wahl teilnehmen - nämlich am Gängelband des Kapitals. Denn unsere Partei ist eine Kommunistische Partei. Und für eine Kommunistische Partei ist die Beteiligung an der Wahl ein Mittel - und zwar bei weitem nicht das wichtigste - um die Arbeiter und die anderen Werktätigen für die sozialistische Revolution, für den Sturz dieses kapitalistischen Staates und die Diktatur des Proletariats zu gewinnen. Eine solche kommunistische Partei ist der Todfeind der Kapitalistenklasse und kann ihr logischerweise nicht mit geöffnetem Visier entgegentreten. Eine Partei, die sich kommunistisch nennt und der Bourgeoisie ihre Mitglieder und ihr Parteileben auf dem Präsentierteller darbietet, handelt entweder unverantwortlich oder sie weiß, daß sie vom Kapital nichts zu befürchten hat, weil sie eben in Wirklichkeit gar keine kommunistische Partei ist. Wie sagte doch Weyer im Interview mit "Bild" auf die Frage nach einem Verbotsantrag gegen die D"K"P: "Dafür habe ich keinen Anhaltspunkt".

Korrespondenz

Wahlagitation

Um in die Wahllisten für die Hamburger Bürgerschaftswahl eingetragen zu werden, mußte die KPD/ML unter anderem 500 Unterschriften von Hamburgern vorweisen. Die Genossen der Partei und der Roten Garde sammelten 1 200 Unterschriften bei denen, deren Interessen unsere Partei vertritt: bei Hamburger Arbeitern und Angestellten.

Genossen berichten:

"Wir haben unter anderem in Wohnvierteln gesammelt, die der "Neuen Heimat", einer gewerkschaftseigenen Wohngesellschaft gehören. Da hat uns ein Mieter folgendes erzählt: Vor einiger Zeit kam an alle Mieter seines Wohnviertels ein Schrieb von der Neuen Heimat. Darin stand, daß alle Mieter sich stets darüber klar sein müßten, daß sie in so billigen Wohnungen wohnen. Das hätten nicht alle Menschen in Hamburg. Der Kollege hielt das für eine mehr oder weniger offene Drohung. Denn es ist kein Zufall, daß dieser Schrieb vor den Bürgerschaftswahlen in die Häuser geflattert ist. Die Spatzen pfeifen es vom Dach, daß der SPD-Senat, wie überhaupt die SPD und die Neue Heimat unter einer Decke stecken. Jeder weiß, welche Wut die Menschen hatten, angesichts der Teuerung, des ständigen Geld-aus-der-Tasche-ziehens. Das wird sich auch auf die Wahl auswirken.

Der Kollege sah den Schrieb als "wohlwollende" Empfehlung der Neuen Heimat, sich weder an Demonstrationen, Mieterstreiks oder Streiks in den Betrieben zu beteiligen, nicht gegen die ständige Verelendung aufzumucken und die SPD zu wählen. Das gleiche gilt für die Unterschriftensammlung der Partei. Der Kollege hat aus Angst nicht unterschrieben: bei der Zusammenarbeit von SPD und Neuer Heimat könne es durchaus möglich sein, daß man ihm die Kündigung androht, wenn er uns durch seine Unterschrift unterstützt.

GEGEN LOHNRAUB UND TEUERUNG, KRISE UND KRIEG !

VORWÄRTS MIT DER KPD/ML !

Hessen

Kampf dem "Gebietsreform"-Schwindel

Am 3. Januar läuteten in Oberasphe die Glocken. Sirenen schallten über die Fachwerkhäuser, innerhalb weniger Minuten war die ganze Bevölkerung auf den Beinen. Der Alarm, den die Bauern gaben, galt der neuen "Obrigkeit": Das hessische Dorf Oberhasphe mit seinen 237 Einwohnern soll im Rahmen der hessischen "Gebiets- und Verwaltungsreform" der Stadt Battenberg im Landkreis Frankenberg eingegliedert werden.

Schon seit einigen Jahren wird in mehreren Bundesländern die "Gebiets- und Verwaltungsreform" durchgeführt. Dörfer werden zusammengeschlossen oder in Städte eingemeindet, weil das angeblich die Verwaltung einfacher und billiger machen soll, Das Gegenteil ist der Fall; Die Dorfbevölkerung kann in Zukunft ihre eigenen Angelegenheiten nicht mehr an Ort und Stelle regeln, sondern muß kilometerlange Wege zum Sitz der neuen Verwaltung zurücklegen; an die Stelle ehrenamtlicher Bürgermeister, die die Probleme des Ortes kennen, treten Beamte, die die Steuerzahler ein Heidengeld kosten, die weit entfernt sitzen vom "verwalteten" Dorf und Probleme vom Schreibtische aus lösen sollen.

Der Widerstand der Dorfbevölkerung gegen diese "Reform", die ihr Leben noch mehr bürokratisiert, erschwert und verteuert, war von Anfang an groß. Um abzuwiegeln, erklärte der hessische Innenminister scheinheilig: "Wer freiwillig mit einem Zusammenschluß einverstanden ist, kann frei wählen, mit wem". Solange sich die Bevölkerung entschied, wie es der Plan vorsah, durfte sie auch "frei wählen". Entschied sie sich aber gegen die am grünen Tisch entworfenen Modelle, war es aus mit der "freien Wahl". Die Pläne, die von den Orten vorgelegt wurden und hinter denen oft mehr als 90% der Bevölkerung standen, wurden vom Tisch gewischt.



In Oberasphe war das nicht anders, Die Bevölkerung wollte an den Kreis Marburg angeschlossen werden, denn dorthin genen die meisten familiären und historischen Bindungen. Der Regierungsplan jedoch sah vor: Oberasphe kommt zu Battenberg. Zunächst versuchten die Bauern, die Regierung mit Argumenten zu überzeugen. Aber sie merkten sehr bald, daß in diesem Staat die Interessen des Volkes nichts gelten, daß keine der bürgerlichen Parteien bereit war, ihnen zu helfen. Einige der Bauern sprachen sich sogar in Transparenten offen für den Kommunismus aus. So schritten die Oberaspher zur Tat. Überall befestigten sie Transparente gegen die Gebietsreform, hängten sie Strohpuppen auf, die den Bürgermeister und einen anderen Verräter aus dem Dorf darstellten, Erschreckt eilte der Landrat herbei, um die aufgebrachte Bevölkerung mit schönen Worten einzuschläfern. Aber angesichts der Kampfbereitschaft im Dorf verzog er sich schnell weider. Stattdessen schickte er die Polizei. Aber auch die Kripo stieß auf den geschlossenen Widerstand der Bauern. Beim besten Willen konnte sie nicht ausspitzeln, wer die Telefonleitungen zum Bürgermeisteramt lahmgelegt hatte. Sie schnitt die Strohpuppen herunter - am nächsten Tag hingen neue am Laternenpfahl mit einem großen Schild: **"Wir sind wieder da!" Sie wollte die Akten aus dem Gemeindehaus holen und wurde verjagt: "Die Battenberger sollen sich die Unterlagen selber holen!"**

Aus vielen Gemeinden, die ebenfalls zwangsweise eingemeindet werden sollen, trafen Solidaritätsadressen in Oberasphe ein, die die Bauern zum Durchhalten auffordern. Und die Oberaspher sagen: "Solange wir uns einig sind, sind wir nicht verloren."

Veranstaltung der Ortsgruppe Bremen

55 JAHRE KPD - 5 JAHRE KPD/ML

Zur Veranstaltung der Ortsgruppe Bremen am 19.1. waren unter anderem auch zahlreiche Mitglieder des "Kommunistischen" Bund Westdeutschland und der aus dem 'K'BW ausgeschlossenen Fraktion gekommen.

Der Redner der KPD/ML zeigte am Beispiel der Bremer Räterepublik vor 55 Jahren, daß das Proletariat eine bolschewistische Partei braucht, die einen scharfen Kampf gegen den Opportunismus führt. Er wies nach, daß die Gründung der KPD/ML vor 5 Jahren absolut notwendig war, um das Erbe der revolutionären KPD Rosa Luxemburgs, Karl Liebknechts und Ernst Thälmanns gegen den revisionistischen Verrat der Bachmann und Co. zu verteidigen und fortzuführen.

In einem anderen Artikel wird aus dem Programm zitiert: "Übergabe der Kontrolle über die Sicherheit der Belegschaft und über das betriebliche Gesundheitswesen an den Betriebs- bzw. Personalrat. Überbetriebliche Überwachung des Arbeitsschutzes durch die Gewerkschaften und die selbstverwalteten Sozialversicherungen. Auswahl und Einstellung des gesamten Sanitätspersonals ausschließlich durch den Betriebs- bzw. Personalrat. Bestreitung der Kosten durch die Kapitalisten."

Das ist nichts anderes als der Weg, den auch die D'K'P den Arbeitern vorschlägt: im Kapitalismus Schritt für Schritt die Lage der Arbeiter verbessern. Auf dem Weg über Reform schließlich zum Sozialismus zu kommen. Die Genossen der Partei zeigten klar, daß die 'K'BW-Führer damit die Notwendigkeit der bewaffneten Revolution verwischen, daß sie Wasserträger des modernen Revisionismus sind.



DIE BOLSCHEWISTISCHE PARTEI IST STÄRKER ALS ALLE ZIRKEL !

In der Diskussion im Anschluß an die Fortführung des Films "Rote Raketen" wollten die 'K'BW-Sprecher die Frage des demokratischen Kampfes, als Mittel des Herankommens an die Revolution zur zentralen Frage machen. Einer ihrer Wortführer sagte: "Das entscheidende Mittel zum Zusammenschluß des Volkes ist der demokratische Kampf. Er muß so geführt werden, daß er den Rahmen des Kapitalismus sprengt."

Zu diesem demokratischen Kampf heißt es in einem Artikel der "Kommunistischen" Volkszeitung über eine geplante Krankenhaus-Schließung "können wir dann verhindern, wenn wir - die versicherten Werktätigen - die vollständige Kontrolle des Gesundheitswesen übernehmen, Das ist keine Utopie, sondern heute schon erreichbar." ('K'VZ Nr. 1/74 S. 10)

Ganz anders führt die KPD/ML den demokratischen Kampf. Als kommunistische Partei ist es ihre Pflicht, in den Kämpfen für demokratische Forderungen den Massen zu zeigen, daß alle Ziele und Wünsche des Volkes nach Wohlstand, Glück und Frieden in einem geeinten Vaterland nur durch die bewaffneten Revolution, in der Diktatur des Proletariats zu erreichen sind. Diese kämpferische Veranstaltung hat die 'K'BW-Führer weiter isoliert. Sie hat weiteren Genossen aus der Fraktion gezeigt, daß die KPD/ML die bolschewistische Partei ist.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Namibische Befreiungsorganisation fordert:

Schluss mit der Unterstützung des Voster - Regimes!

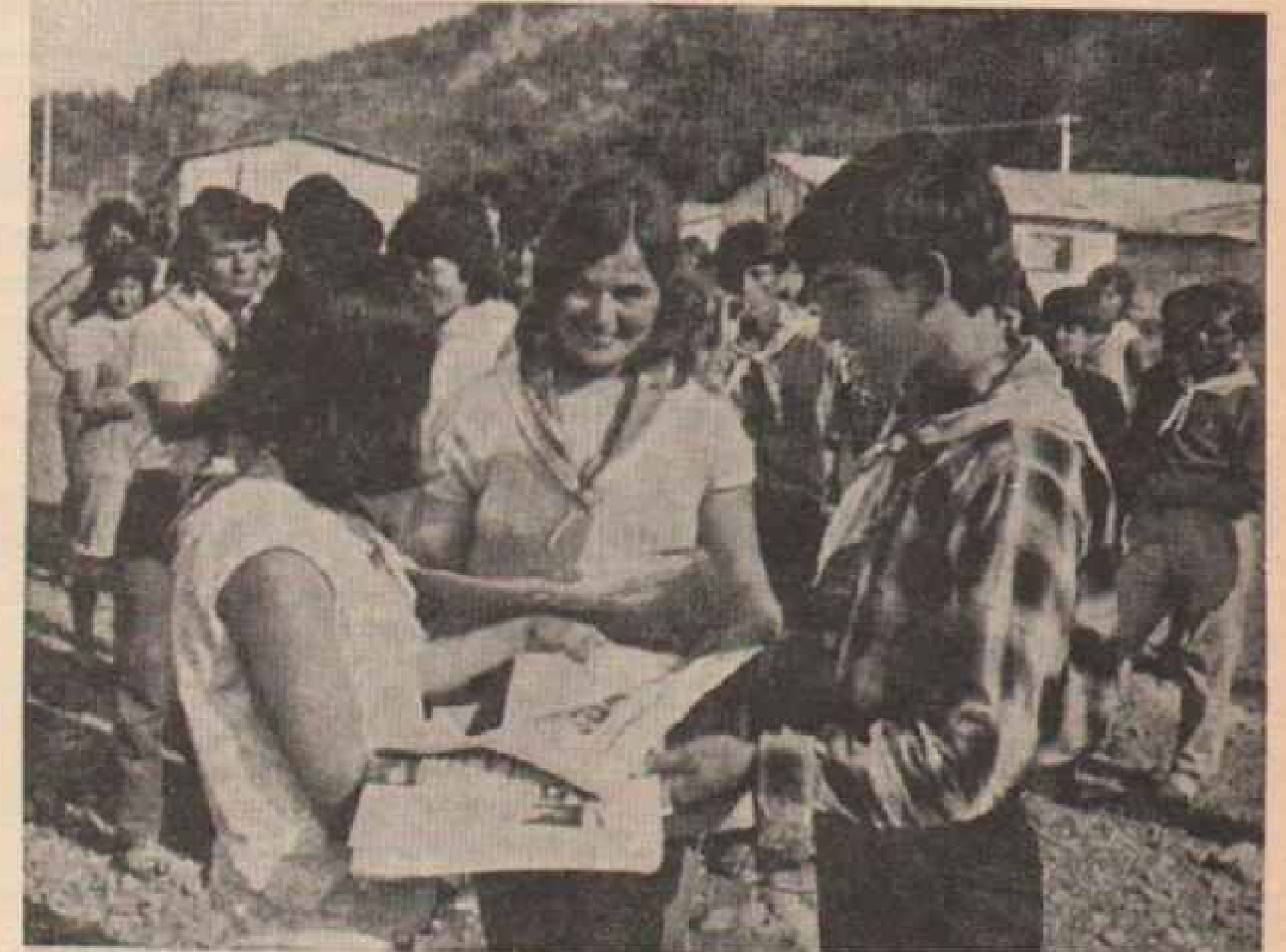
Mishake Mujongo, Vizepräsident der SWAPO, der Befreiungsfront für Namibia, kritisierte die westdeutschen Imperialisten, weil sie noch immer das südafrikanische Kolonialisten- und Rassistenregime unterstützt. Bereits 1966 hatte die UNO Südafrika das Mandatsrecht über Namibia aberkannt. Aber das Vorster-Regime rückte nicht etwa aus dem Land ab, sondern schickte weitere 20 000 Söldner, um den wachsenden Befreiungskampf zu zerschlagen.

Den westdeutschen Imperialisten ist das nur recht! In Namibia, der ehemaligen deutschen Kolonie Südwestafrika, sind sie noch immer die stärkste imperialistische Ausbeutermacht. Krupp besitzt noch heute das Monopol zur Ausbeutung fast aller Bodenschätze des Landes. Mehr als 12 % der Großgrundbesitzer haben einen westdeutschen Paß. Mit Hilfe des faschistischen Vorster-Regimes halten sie Namibia in Armut und Unterdrückung. Tausende Kinder sterben an Hunger. Die eingeborene Bevölkerung darf nur etwa 1/8 des Landes bewohnen. Öffentliche Auspeitschungen von Freiheitskämpfern sind an der Tagesordnung. Die Kerker sind voller politischer Gefangener. Im letzten August töteten Vorster-Soldaten bei blutigen Straßenschlachten einen Demonstranten, nahmen mehr als 250 fest und verletzten viele Menschen.

Vor acht Jahren nahm die Bevölkerung Namibias den bewaffneten Kampf gegen die südafrikanischen Besatzer unter Führung der SWAPO auf. Seither ist der Einfluß der Befreiungsfront im Volk immer mehr gewachsen. Im Winter 1971/72 rief die SWAPO zu einem Generalstreik auf, der dem Vorster-Regime einige Reformen abtrotzte. Aber die Patrioten Namibias haben erkannt, daß der Weg zur nationalen Unabhängigkeit weder über Reformen noch über Wahlen geht. Als die SWAPO bei den Wahlen zur Legislativversammlung in Ovamboland zum Wahlboykott aufrief, folgten 98 % der Bevölkerung diesem Aufruf!

Die SWAPO hat nun die Bonner Regierung aufgefordert, sofort das westdeutsche Konsulat in Namibia zu schließen und das deutsch-südafrikanische Kulturabkommen zu kündigen. Das ist eine gerechte Forderung, die unterstützt werden muß!

Bau der Eisenbahnlinie Elbasan - Prrenjas erfolgreich beendet !



Genossen,

Mit goßer Begeisterung haben wir erfahren, daß die Eisenbahnlinie Elbasan-Prrenjas fertiggestellt wurde.

Viele Genossen haben die Begeisterung und die Aktivität der Aktionisten in ihrem Sommerurlaub kennengelernt. Unvergessen sind die vielen solidarischen Grüsse der Aktionisten, als wir mit dem Bus entlang der Baustelle fuhren.

Wir haben nur einen bescheidenen Beitrag bei Euch geleistet. Aber Euer revolutionärer Geist, der hat uns angesteckt .Der hat uns gezeigt, wenn sich die Jugend vom Imperialismus und Revisionismus befreit hat, dann geht es vorwärts zum Kommunismus !

Wir werden den Diskothekenrummel und den Amerikanismus ,sowie den Revisionismus hier entschieden den Abgrund hinunterstoßen. Auch bei uns ist die Jugend die lebendigste Kraft, am wenigsten konservativ. Und dort, wo die Rote Garde, die Jugendorganisation der KPD/ML auftritt, da gehts voran, da zittern die Bonzen.

Diesmal kommt die braune Pest nicht mehr auf, die auch Euch so großes Leid gebracht hat. Wir haben eine weise Führung. Ihr habt eine weise Führung. Genosse Enver und Genosse Ernst sind große Antirevisionisten. Und gerade das bewegt bei uns immer mehr Jungproleten, die Diktatur des Proletarialts zu errichten und für ein einiges, unabhängiges sozialistisches Deutschland zu kämpfen.

HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT !

VORWÄRTS MIT DER KPD/ML !

ES LEBE DIE RUHMREICHE PARTEI DER ARBEIT ALBANIENS !

DAS IRISCHE VOLK WIRD SIEGEN

Am Sonntag, den 3o. Januar 1972 erschoß eine Fallschirmjägereinheit in Derry 19 irische Patrioten und verletzte weitere 14. Wo sie starben, errichteten die Patrioten von Derry ein einfaches Kreuz.

Heute, zwei Jahre später, hat der Kampf des irischen Volkes gegen die britischen Besatzer eine neue Stufe erreicht. Im bewaffneten Kampf werden täglich neue Erfolge errungen. Bestimmt wird das irische Volk den Sieg im Volkskrieg erringen



Polnische Söldnertruppen raus aus Nahost !

Seit Jahr und Tag schicken die Supermächte UNO-Truppen in alle Teile der Welt, um mit ihrer Hilfe ihre imperialistischen Interessen abzusichern. Immer deutlicher erkennen die Völker diesen wahren Charakter der angeblichen „UNO-Friedenstruppen".

Die Rote Fahne, Zentralorgan der Kommunistischen Partei Polens verurteilt den Einsatz der polnischen Armee im Nahen Osten. Sie schreibt: "Die Erfahrung nach dem zweiten Weltkrieg hat gelehrt, daß eine Truppe die unter der UN-Flagge gebildet und aus dem UN-Etat bezahlt wird ,den Charakter einer Söldnertruppe im Dienst der imperialistischen Mächte trägt"."Die bewaffneten Alarmtruppen der UNO im Nahen Osten", unterstreicht die Zeitung", die unter dem Druck der USA und der Sowjetunion gebildet wurden, haben die Aufgabe, die Sicherung des Einflusses des US-Imperialismus und des sowjetischen Sozialimperialismus in dieser für sie strategisch wichtigen Region der Welt zu bewahren.

Vom Standpunkt der Interessen **Polens hat das eine doppelt konterrevolutionäre Bedeutung'. Während in Polen sowjetische Besatzertruppen stehen, um die Interessen der sowjetischen Sozialimperialisten zu wahren, übernehmen diese Aufgaben im Nahen Osten polnische Truppen.**

Unter der Herrschaft der revisionistischen Clique", betont die Rote Fahne, "spielt Polen beim gegenwärtigen Kräfteverhältnis in der Welt die Rolle eines Faustpfandes für die beiden imperialistischen Mächte, die USA und die Sowjetunion. Ihre imperialistische Zusammenarbeit und ihr Wettkampf um die Beherrschung der Welt liegen nicht im Interesse des polnischen Volkes und der Menschheit, sondern bedrohen sie. Sie sind genauso eine Bedrohung für die Revolution und den Sozialismus und für alle nationalen Befreiungsbewegungen in der Welt. Die USA und die Sowjetunion haben kein Interesse an der Befreiung der arabischen Völker, sie sind allein daran interessiert, das Mittelmeer und den Nahen Osten in einen Marine- und Luftwaffenstützpunkt zu verwandeln, um sich vor allem die Staaten des Nahen Ostens und Afrikas zu unterwerfen, die Gebiete also, in denen die wichtigsten Rohstoffe wie Öl, Uran und andere seltene Metalle zu finden sind, ohne die sich eine moderne Industrie nicht entwickeln kann.

Die Teilnahme der polnischen Armee an dieser verräterischen Politik der imperialistischen Kriegsverbrecher hat mit Ehre nichts zu tun. Es ist eine Schande, nicht geringer als die Teilnahme Polens bei der Aggression gegen die Tschecheslowakei."

Hört die revolutionären Sender!

ACHTUNG! Auf vielfachen Hörerwunsch sendet Radio Tirana für die deutschen Hörer die Sendung von 21.30 bis 22.00 Uhr nun auch auf Mittelwelle 215 Meter. Damit wird nun auch das Programm, das für Westdeutschland bestimmt ist, auf Mittelwelle ausgestrahlt.

Wie bekannt, sendet Radio Tirana täglich acht mal drei verschiedene Programme.

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	32 und 41 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)



32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz (Mittelwelle!)
206 Meter entspricht 1.456 khz.

RADIO PEKING

19.00 - 19.30	Immer: 43,7 – 42,8
21.00 - 22.00	und 26,2 Meter

Nieder mit dem Diktat der Supermächte in Europa!

In der Erklärung des ZK zur nationalen Frage heißt es: "Die gegenwärtige internationale Lage ist gekennzeichnet durch einen Aufschwung der revolutionären Bewegung: Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen Revolution. Ihre Hauptfeinde sind heute dabei die beiden nuklearen Supermächte, die USA und die Sowjetunion, die miteinander um Hegemonie ringen. Ihr Ziel ist die Weltherrschaft, wobei der strategische Schwerpunkt ihres Ringens zur Zeit in Europa liegt". Auch die europäischen Völker reihen sich ein in die Front der Völker der Welt, die gegen die Supermächte und ihr Streben nach Hegemonie den Kampf führen. Für die Völker Europas gilt mehr denn je das Gebot der Wachsamkeit gegenüber den beiden Supermächten. Innerhalb des letzten Jahres haben beide Supermächte eine breite politische Offensive um die Vorherrschaft in Europa gestartet. Während die Sozialimperialisten unter der Tarnung "Sicherheit und Zusammenarbeit" versuchen, ihren Einfluß auf Westeuropa auszudehnen, setzen die US-Imperialisten sie unter dem Decknamen "atlantische Zusammenarbeit" unter Druck, um dem Vordringen des SU-Imperialismus zu begegnen und den westeuropäischen Ländern die Daumenschrauben noch fester anzulegen.

Dieser Angriff der beiden Supermächte ist begleitet von einer Kampagne der modernen Revisionisten, die mit Pazifismus und Sozialchauvinismus versuchen, dem Kampf der europäischen Völker gegen das Diktat der beiden Supermächte und für die proletarische Revolution die Spitze zu brechen. Nur im Kampf gegen die Illusionen, welche von den modernen Revisionisten verbreitet werden, kann der Kampf gegen das Diktat der Supermächte, gegen den Imperialismus siegreich geführt werden.

REVISIONIST BERLINGUER - EIN PROPAGANDIST DER SUPERMÄCHTE

Mitte Januar trafen sich die Oberhäupter der westeuropäischen revisionistischen Parteien in Brüssel, um ihre konterrevolutionäre Tätigkeit zu koordinieren. Auf ihr Programm hatten sie als wichtigen Punkt die Frage von "Frieden und Sicherheit" in Europa gesetzt. Erzrevisionist Berlinguer, das Oberhaupt der italienischen Revisionistenpartei, äußerte sich dazu in einem "Grundsatzreferat:

"Nur ein demokratisches, unabhängiges und friedliches Westeuropa, das weder antisowjetisch noch antiamerikanisch ist und darauf hinarbeitet, freundschaftliche Beziehungen und eine Zusammenarbeit mit diesen und allen anderen Ländern herzustellen, kann eine entscheidende Rolle in der Weltpolitik spielen."

Ein Hohn auf die erwachenden Kämpfe der Völker Europas gegen das Diktat der beiden Supermächte! Während die sowjetischen Sozialimperialisten sich auf einen Überfall auf Westeuropa vorbereiten, während 700 sowjetische Atomraketen auf Westeuropa gerichtet sind, während 28.000 Panzer des Warschauer Paktes 6.600 der Nato gegenüberstehen, um den US-Imperialisten die Vorherrschaft über Westeuropa abzunehmen – da redet Berlinguer von freundschaftlicher und friedlicher Zusammenarbeit mit den beiden Supermächten?

Aber nehmen wir auch nur einen Augenblick an, diese Atomraketen und Panzer wären nicht auf Westeuropa gerichtet. Ein Westeuropa, das mit den Supermächten zusammenarbeitet, sollte friedlich und demokratisch sein? Wer arbeitet denn mit den beiden Supermächten zusammen? Darunter ist keine einzige friedliche, demokratische oder fortschrittliche Kraft zu finden. Denn Zusammenarbeit mit den beiden Supermächten heißt nichts anderes, als Unterstützung ihrer aggressiven und hegemonistischen Ziele gegen die Völker der Welt. Und so finden sich unter den Kräften der Zusammenarbeit mit den Supermächten auch nur Lakaien, Stiefellecker, die für ein billiges Gehalt Aggression und Subversion der Supermächte betreiben sowie imperialistische Bündnis"partner", die sich einen Anteil an der Beute der Supermächte erhoffen. Aber Frieden, Demokratie, Fortschritt ist dort nicht und niemals zu finden.

Das Europa Berlinguers würde eine ebensolche niederträchtige Rolle spielen: Zusammenarbeit mit den beiden Supermächten gegen die Völker der Welt – ein Ausbund von Reaktion.

Aber selbst diese finstere Zusammenarbeit wäre niemals die von gleichrangigen "Partnern". Lenins Lehre gilt nach wie vor: Es gibt keine Zusammenarbeit unter den Imperialisten ohne den Zwang, den Konkurrenzkampf auf Gedeih und Verderb zu führen, bis der Stärkere über den Schwächeren sein Diktat erhoben hat.

Und damit sind wir wieder bei den Atomraketen, bei den Panzern, die die neuen Zaren im Kreml auf Westeuropa richten, sind wir wieder bei den Militärbasen der US-Imperialisten in Westeuropa, bei der Gefahr eines imperialistischen Krieges der beiden Supermächte um die Hegemonie in Europa.

Was Berlinguer den Völkern Europas bietet, ist finsterste Reaktion unter dem Diktat der Supermächte. Das ist eben derselbe Plunder, den die beiden Supermächte gegenwärtig in Helsinki anbieten, wo auf der "Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" die beiden Supermächte sich ihr Diktat über Europa bestätigen lassen wollen.

Angesichts der sich verschärfenden Rivalität zwischen den beiden Supermächten in Europa, angesichts der Vorbereitungen der sowjetischen Sozialimperialisten auf einen Überfall auf Westeuropa propagieren die Revisionisten, die Waffen zu strecken und widerstandslos sich unter das Joch der Supermächte begeben.
Berlinguers Geschwätz über Frieden und Zusammenarbeit in Europa, wie das Geschwätz aller Revisionisten von "Entspannung", "Abrüstung" usw. bedeutet Kapitulation vor dem Diktat der Supermächte und Pazifismus.

IM KAMPF GEGEN DIE BEIDEN SUPERMÄCHTE KANN ES KEINEN BURGFRIEDEN GEBEN

Ebenso wie die Kapitulation und den Pazifismus der modernen Revisoinisten weist unsere Partei die Auffassung einiger Rechtsopportunisten in Westdeutschland zurück, die sich als Marxisten-Leninisten ausgeben. Sie behaupten, der Kampf gegen die Vorherrschaft der beiden Supermächte erfordere ein zeitweiliges Bündnis mit den westeuropäischen Imperialisten, den Burgfrieden im eigenen Land.

Zweifellos bestehen gewisse Widersprüche zwischen den westeuropäischen Imperialisten und den beiden Supermächten. Es ist richtig, daß die westeuropäischen Imperialisten seit einigen Jahren versuchen, den beiden Supermächten ein Vereinigtes Europa der westeuropäischen Imperialisten entgegenzustellen. Gerade in den letzten Monaten haben sie bestärkt durch das Atomabkommen der beiden Supermächte, durch den Druck Washingtons nach einer neuen Atlantikcharta, bestärkt durch die Geheimdiplomatie Moskaus und Washingtons ihren Willen zur Einheit wiederholt bekräftigt.

Aber was ist das für eine Einheit? Es ist die Einheit von Imperialisten. "Wir alle sind uns darüber klar", sagte Lenin, "daß die Interessen der imperialistischen Staaten auseinandergehen. Trotz aller Erklärungen ihrer Minister über die friedliche Beilegung strittiger Fragen können die imperialistischen Mächte in Wirklichkeit keinen einzigen ernsten Schritt in politischen Fragen unternehmen, ohne daß Differenzen zwischen ihnen entstehen."

Das Gerangel der westeuropäischen Imperialisten in der EG um die Vorherrschaft hat die Richtigkeit dieser Worte Lenins immer wieder vollauf bestätigt .(Siehe auch RM Nr.5 "Europäischer Währungsblock – Kampf um Macht und Profit").

Die westeuropäischen Imperialisten haben sich nicht zusammengeschlossen, um die nationalen Interessen ihrer Völker gegenüber den beiden Supermächten besser verteidigen zu können, sondern weil es der Profit- und Machthunger der westeuropäischen Monopole gegenwärtig so verlangt: Zum einen, um den Supermächten zumindest einen Teil ihrer Beute streitig zu machen, zum anderen, um untereinander besser rivalisieren zu können. Zugleich aber sind sie zu jeder Zusammenarbeit mit den beiden Supermächten bereit – wenn für sie genügend dabei herausspringt.

Enver Hoxha sagte auf dem 6. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens

"England, Westdeutschland, Japan und andere imperialistische Länder bleiben, trotz der Widersprüche, die sie zu den USA haben, deren Hauptpartner; sie betreiben den anderen Ländern gegenüber die gleiche Politik der wirtschaftlichen Expansion und des Neokolonialismus, bemühen sich ebenfalls, Einflußbereiche zu schaffen und treten stets zur Unterstützung der Weltreaktion ein. Das Vereinigte Europa, welches das westeuropäische Kapital ausgeklügelt hat, soll eine imperialistische Supermacht werden, mit gleichen hegemonistischen Anmaßungen, wie die Vereinigten Staaten von Amerika und die Sowjetunion.

Und diesen Kräften soll sich – so die Rechtsopportunisten – das europäische Proletariat anvertrauen, um den drohenden imperialistischen Krieg abzuwenden? Mit diesen Kräften soll das europäische Proletariat Burgfrieden schließen? Niemals!

Man kann nicht den imperialistischen Krieg verhindern, indem man sich vor allem auf die eine oder andere Seite der Imperialisten schlägt!
Die Hauptkraft gegen einen imperialistischen Krieg der Supermächte in Europa ist nicht das europäische Großkapital, sondern das Proletariat. Das Proletariat muß in diesem Kampf die Führung übernehmen. Entweder indem es dem drohenden imperialistischen Krieg zuvorkommt durch die proletarische Revolution oder indem es den Ausbruch des imperialistischen Krieges nutzt, um die Macht zu erringen. Nur so kann der Kampf erfolgreich gegen die imperialistische Aggression, gegen Imperialismus überhaupt geführt werden. Und darin besteht auch die internationalistische Pflicht des Proletariats.

Aber diese Linie des Rechtsopportunismus, die bereit ist, unser Volk für die westdeutschen Imperialisten in den Krieg zu jagen, ist nicht nur verräterisch, sondern auch feige!

Aus Angst, sie könnten – wie die sozialdemokratischen Veräter der II. Internationale – als Sozialchauvinisten entlarvt werden, tarnen diese Rechtsopportunisten sich, reißen sie Stellungnahmen der Kommunistischen Partei Chinas aus dem Zusammenhang und sagen: "Die chinesischen Genossen behaupten doch auch, das westdeutsche Proletariat müsse die Bundeswehr unterstützen."

Wirklich eine üble Methode, das Vertrauen der Massen in die Kommunistische Partei Chinas hinterhältig zu mißbrauchen.

Was hat denn Tjiao Guan Hua vor der UNO gesagt? "Was die zahlreichen kleinen und mittelgroßen Länder anbelangt, ist ihr reales Problem keinesfalls die Abrüstung, sondern die Verstärkung der notwendigen, unabhängigen Verteidigungsfähigkeit. Selbst in Westeuropa reicht die Verteidigungsfähigkeit nicht aus, geschweige denn bei den vielen kleinen und mittelgroßen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas. Was haben sie abzurüsten?

Was heißt denn das? Unabhängige Verteidigungsfähigkeit - das heißt erst einmal ganz klar: raus aus der Nato, raus aus dem Militärblock des US-Imperialismus. Eben dafür kämpft unsere Partei! Zweitens heißt das, daß eine einseitige Abrüstung gegenüber den beiden Supermächten angesichts ihrer waffenstarrenden Kriegsmaschinerie einzig die beiden Supermächte begünstigt. Und das ist völlig richtig.

Aber niemals heißt das, daß die westdeutsche Arbeiterklasse mit ihrer imperialistischen Bourgeoisie Burgfrieden schließen und sie im Aufbau einer Kriegsmaschine unterstützen soll, die einzig den imperialistischen Interessen der westdeutschen Monopole nach aussen und nach innen entspricht!

KRIEG DEM IMPERIALISTISCHEN KRIEG!

In der Erklärung des Zentralkomitees unserer Partei zur nationalen Frage heißt es: "Durch Forderung nach 'Abrüstung' und durch 'Pazifismus' werden die Arbeiterklasse und anderen Werktätigen weder den Militarismus beseitigen, noch ihre eigene Freiheit erkämpfen. Das Proletariat muß daher seine Bewaffnung und allseitige militärische Ausbildung betreiben. Das ist eine Grundvoraussetzung für die sozialistische Revolution und die Verwandlung eines etwaigen imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg gegen die eigene Bourgeoisie. Deshalb strebt die KPD/ML die allgemeine Volksbewaffnung an."

Nicht anders in der Frage des Zusammenschlusses der westeuropäischen Länder. Die Rechtsopportunisten behaupten, man müsse den Zusammenschluß der westeuropäischen Imperialisten bedingungslos unterstützen. Auch hierbei wollen sie sich auf die chinesischen Genossen berufen.

Selbstverständlich unterstützt die Volksrepublik China den Zusammenschluß der westeuropäischen Länder gegen die hegemonistischen Anmaßungen der beiden Supermächte auf unserem Kontinent. Auch unsere Partei unterstützt jeden gemeinsamen Schritt der europäischen Länder, der sich wirklich gegen die beiden Supermächte richtet.

Eine Tatsache aber ist, daß die westeuropäischen Imperialisten sich zusammenschließen, nicht um in erster Linie gegen die beiden großen Konkurrenten, die Supermächte, anzugehen, sondern um vor allem den Vormarsch der proletarischen Revolution zu stoppen, um gemeinsam das europäische Proletariat zu unterjochen und so ihre Herrschaft zu sichern.

Und dagegen kämpfen wir allerdings aufs entschiedenste, weil das dem Kampf des Proletariats nichts nützt, sondern ihn erschwert.

In der Erklärung des Zentralkomitees der KPD/ML zur nationalen Frage heißt es daher: "Für das europäische Proletariat und seine marxistisch-leninistischen Vorhutparteien aber bedeutet dieser Zusammenschluß die absolute Notwendigkeit der engsten Koordinierung ihres revolutionären Kampfes zum Sturz der herrschenden Klasse, für den Sieg des Sozialismus in Europa."

Und nirgends werden die sozialchauvinistischen Rechtsopportunisten finden können, daß die Kommunistische Partei Chinas diesen Kampf mißbilligt.

Einen Keil zu treiben zwischen die korrekte Außenpolitik der VR China und der Politik unserer Partei, das wird den Rechtsopportunisten niemals gelingen! Es sind jämmerliche und vergebliche Versuche, unsere Partei ins Lager des Imperialismus und Revisionismus zu ziehen.

Genosse Mao Tsetung sagte zur Frage des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg: Man muß den Krieg mit dem Krieg bekämpfen, dem konterrevolutionären den revolutionären, dem nationalen konterrevolutionären den nationalen revolutionären, dem konterrevolutionären Klassenkrieg den revolutionären Klassenkrieg entgegensetzen.....

Das ist unsere Grundlage im Kampf gegen die Aggression der Supermächte gegenüber den Völkern Europas, das ist unsere Grundlage im Kampf gegen die Bedrohung von Seiten des Sozialimperialismus.

In der Erklärung des ZK zur nationalen Frage heißt es: "Der entscheidende Weg für das deutsche Proletariat, sich einzureihen in die weltweite Front der gegen das Diktat der Supermächte kämpfenden Völker, ist, den Feind dort anzugreifen, wo er steht, auf dem Boden unserer Heimat! Unser, der proletarische Internationalismus der revolutionären Bewegung bleibt eine hohle Phrase, wenn wir nicht im eigenen Land den Kampf aufnehmen gegen die Herrschaft der Supermächte und ihrer einheimischen Bündnispartner und Lakaien, den westdeutschen Imperialismus und die Honeckerclique. Indem wir für die Befreiung der deutschen Nation kämpfen, nutzen und verschärfen wir die Widersprüche im imperialistischen Lager."

Schulte/Osswald-Prozess in Dortmund:

Das geht jeden klassenbewussten Arbeiter an!

Im Frühjahr 1973 startete die herrschende Klasse eine große Kriminalisierungskampagne gegen die Kommunisten. In allen Zeitungen konnte man von den Chaoten und Politrockern lesen.

In dieser Zeit, vor dem 1. Mai, bastelte die Bourgeoisie eine Anklageschrift wegen "krimineller Vereinigung" gegen zwei Genossen der ehemaligen GRFB zusammen, die sich unverschämterweise KPD/ML nannte, leitete sie Verfahren wegen des gleichen § 129 gegen die KPD/ML selbst ein.

Das war im Frühjahr. Heute sagt ein Richter in einem Prozeß gegen einen Genossen ausdrücklich: Wir haben es hier nicht mit Rockern zu tun, sondern mit Kommunisten.

Kommunismus, Mitgliedschaft zur KPD/ML, Haß auf das Ausbeutersystem - das sind heute die Argumente, mit denen die Klassenjustiz ihre Terrorurteile gegen unsere Genossen begründet.

Warum? Seit dem Politrockergeschrei ist einige Zeit vergangen. Und die Zeit hat nicht für die Bourgeoisie, sondern für die KPD/ML, für die Revolution gearbeitet.

EINE GANZE KLASSE VON STAATSFEINDEN?

In den machtvollen Streiks im Sommer, in den Aktionen gegen NATO-Übungsplätze und in anderen Kämpfen machten die Werktätigen genau das, was die Bourgeoisie an den Kommunisten als "Verbrechen" bezeichnet hatte: sie haßten das Kapital, sie haßten die DGB-Bonzen, sie haßten die Regierung, die Polizei und handelten danach.

Der Arbeiter horchte auf. Hatten die Kommunisten nicht doch recht? Im Kampf wuchs das Vertrauen zur KPD/ML. Kommunisten werden zu Vertrauensleuten gewählt, es kommt sogar zu breiten Solidaritätsaktionen für verfolgte Kommunisten wie jetzt wieder für den Rotgardisten Sascha Haschemi.

Es ist heute offensichtlich. Der Funke, den die Bourgeoisie hoffte, austreten zu können, hat sich ausgebreitet. So verschärft sich nicht nur die Kommunistenverfolgung. Streikende Arbeiter werden zusammengeschlagen, vor Gericht gezerrt, aus den DGB-Gewerkschaften ausgeschlossen usw.

Klar zeigt sich jetzt, was die Bourgeoisie im Frühjahr noch glaubte weitgehend verbergen zu können: Der Angriff auf die Kommunisten ist ein Angriff auf jeden klassenbewußten Proleten.

In dieser Situation kann die Bourgeoisie nicht mehr den Schwerpunkt darauf legen, die Kommunisten als Kriminelle. zu verfolgen. Sie muß den Komumnismus angreifen.

DER WUNDESTE PUNKT IST DER KAPITALISTISCHE STAAT

Die Angst davor, daß die Massen den Kampf gegen den kapitalistischen Staat aufnehmen, zeigt sich auch schon in der Anklageschrift gegen Oßwald/Schulte und wird sich im Prozeß selbst am 22.2. notwendigerweise noch viel deutlicher zeigen.

Was wird denn hier als kriminell angegriffen?

Zum Beispiel zu sagen: "...die Kapitalisten und ihren Bonner Staat". - "Die Arbeiterklasse und das werktätige Volk müssen diesen Staat stürzen, wenn sie wirkliche Demokratie wollen." – "Sozialismus muß her."
(Unterstreichungen von der Klassenjustiz).

"Staat der Kapitalisten" - wieviele Arbeiter mögen das im Sommer beim brutalen Einsatz der Polizei gesagt haben. Einen Staat mit "wirklicher Demokratie", mit Demokratie für die Arbeiter also, - welcher Arbeiter will den nicht?

Der einzige Unterschied zwischen diesen Arbeitern und den Kommunisten ist der, daß die Kommunisten aufgrund der Erfahrungen der Arbeiterbewegung aufgrund der Lehren der Klassiker wissen, daß der Staat nicht nur hin und wieder als Feind der Arbeiter auftritt, sondern daß er einzig und allein dazu geschaffen ist, die Macht der Kapitalistenklasse gegen die Arbeiter zu verteidigen. Daß sie deshalb organisiert in der kommunistischen Partei, bewußt und planmäßig daran arbeiten, ihre Klasse, das Proletariat, zum Sturz dieses Staates zu organisieren, um auf seinen Trümmern die Diktatur des Proletariats zu errichten.

Deshalb, weil viele Arbeiter sehen, daß ihre Erfahrungen mit den Lehren der Kommunisten übereinstimmen, deshalb ist die Bourgeoisie heute gezwungen, offen gegen diese Lehre - den Marxismus-Leninismus - vorzugehen. Dazu soll ihr unter anderem der Prozeß gegen die Genossen Oßwald/Schulte dienen. Ihr Ziel aber: den Kommunismus und den revolutionären Klassenkampf auszulöschen, wird sie auch mit verschärftem Terror gegen Kommunisten und klassenbewußte Arbeiter nicht erreichen. Denn die Wahrheit, der Kommunismus, läßt sich nicht verbieten.

Dortmund :

Prozess gegen Anti-Breschnew-Demonstranten

"Wir haben es hier nicht mit Rockern zu tun, sondern mit Kommunisten!"

Mit diesen Worten begründete der Richter das Urteil gegen zwei Sympathisanten unserer Partei, die an der verbotenen Demonstration gegen den neuen Kreml-Zaren im Mai 1973 teilgenommen hatten: Zwei Monate auf Bewährung. Beide Genossen hatten Widerspruch eingelegt gegen einen Strafbefehl über 450 DM. Dieser Strafbefehl, so befand der Richter, war ein "Angebot", die Sache "gütlich" zu bereinigen.

Strafbefehle über Hunderte von Mark - das ist die moderne Form der Geheimjustiz, die die bürgerlichen Gerichte in großem Maßstab praktizieren. Denn nichts fürchtet die Klassenjustiz mehr als öffentliche Gerichtsverhandlungen, die wir Kommunisten zum Forum des Klassenkampfes machen.

Jetzt, im Prozeß in Dortmund, war das nicht anders. Mit brutaler Gewalt sollten Kommunisten zum Schweigen gebracht werden, mit reaktionärstem Zynismus versuchte der Richter, kommunistische Agitation und Propaganda zu ersticken. Der Gerichtssaal ist voller Zivilpolizisten, die rempeln, Zuschauer von den Bänken werfen. Wer gegen die Provokationen protestiert, wer die Angeklagten Genossen mit Beifall und Zwischenrufen unterstützt, wird wegen "Ungebühr vor Gericht" aus dem Saal gewiesen und vor der Tür von Polizisten verprügelt. Der richterlich genehmigte Polizeiterror geht so weit, daß eine alte Frau, Zeugin der Verteidigung, im Gerichtssaal um Schutz bittet, weil sie auf ihrem Platz vor der Tür ständig von Popos angepöbelt wird. Empört vergleicht der Verteidiger diese Verhandlungsmethoden mit dem faschistischen Volksgerichtshof. Der Richter bekennt sich offen zum Faschismus: "Wir wollen schließlich keine Methoden wie unter Stalin". Die Genossen setzen ihren Kampf fort, lassen sich durch Drohungen nicht den Mund verbieten. Richter: "Ich beschneide Ihnen jetzt das Recht auf freie Meinungsäußerung, ich muß mich heute abend auch noch mal um meine Frau kümmern."

"Wenn man das Gericht nicht als Tribüne der Propaganda benützen kann, dann soll man an der Verhandlung nicht teilnehmen!" hatte Lenin geschrieben. Genau das ist hier der Fall. Die angeklagten Genossen weigern sich, als Alibi für einen "liberalen Prozeß" herzuhalten und verlassen unter Protest zusammen mit ihrem Rechtsanwalt und den meisten Zuschauern den Saal.

Jetzt, wo sich Gericht, Staatsanwalt und Polizei wie die faschistischen Militärgerichtshöfe in Spanien oder Griechenland hinter verschlossenen Türen verschanzt haben, machen sie aus ihrer Zusammenarbeit keinen Hehl mehr. Der Richter öffnet das Fenster, bittet die Polizeizeugen, bei ihren Aussagen sitzenzubleiben: "Wir können es uns jetzt bequem machen". Aber die Angst sitzt ihnen im Nacken: Während der erste Polizist aussagt, bespricht der Richter die Lage mit den anwesenden Zivilen: "Stellen Sie mal zwei Beamte vors Fenster, damit die nicht mit Steinen schmeißen". Staatsanwalt, Richter und "Zeugen" verstehen sich auch sonst glänzend: Was die Zeugen vergessen haben, das fällt bestimmt dem Richter ein, auch wenn er bei der Demonstration nicht anwesend war. Selbst wer als Zeuge vernommen wird, bestimmen diese Büttel der Bourgeoisie unter sich. Richter: "Jetzt haben wir noch den Beweisantrag der Verteidigung auf Vernehmung der älteren Dame". Staatsanwalt: "Der Antrag kann nicht gestellt werden, da sie an einem anderen Ort geschlagen wurde. Außerdem steht nicht fest, ob sie von Polizisten geschlagen wurde". Richter: "Ja, das stimmt. Ich habe neulich erst gesehen, wie Jugendliche einer alten Frau das Portemonnaie wegnahmen. Das müssen damals auch keine Beamten gewesen sein". Staatsanwalt: "Den Antrag können wir nicht annehmen". Richter: "Antrag abgelehnt". Polizeizeuge: "Hat sie nicht ausgesagt, daß sie am 18. Mai verprügelt wurde, und nicht am 19.?" Staatsanwalt: "Richtig, das können wir in die Ablehnung noch reinpacken".

Nach dieser "objektiven" Beweisaufnahme fordert der Staatsanwalt 800 DM Geldstrafe. Dem Richter, der hier eine schmähliche Niederlage erlitt, ist das zu wenig: Er urteilt: Zwei Monate Gefängnis: "Wie der Herr Staatsanwalt schon ausführte, ich kann es nicht besser ausdrücken, wir haben es hier nicht mit Alkohol zu tun oder mit Rockern, sondern mit Kommunisten... Sie sind eine kleine, aber gefährliche Gruppe, weil sich die KPD/ML zum erstenmal wieder in der BRD die Gewalt auf ihre Fahnen geschrieben hat... Dazu kommen noch kleine Übertretungen, wie der Verstoß gegen das Demonstrationsverbot. Aussicht auf Besserung besteht nicht... Bewährung gebe ich nur unter stärksten Bedenken. Wenigstens könnten sie in der Zeit nicht politisch agitieren. Aber vielleicht machen sie das dann doch unter den Gefangenen "

Muß dieser Prozeßbericht noch kommentiert werden? Besser als jede theoretische Abhandlung beweist er: Die Klassenjustiz ist eine Waffe der Bourgeoisie gegen das Volk, gegen Kommunisten. Je stärker der Kampf gegen dieses Instrument der politischen Unterdrükkung anwächst, desto mehr ist sie gezwungen, zu faschistischen Methoden zu greifen, zu Geheimjustiz und Polizeiterror. Wir haben es im Prozeß gegen Genossen Sascha nicht anders erlebt. Richter wie dieser richten täglich das Volk - solange, bis das Volk sie richten wird!

LESER BRIEFE

Vor kurzem hatte ich Gelegenheit, mich mit zwei Polen zu unterhalten. Wie ich erfahren konnte, ist die illegale Kommunistische Partei Polens bei den polnischen Kollegen im Betrieb gut bekannt. Die polnischen Kollegen sind allerdings gezwungen, unter vorgehaltener Hand über die KPP zu reden.

Ich erfuhr bei diesem Gespräch, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln sehr unzureichend ist. Besonders bei Fleisch herrscht ein großer Mangel. Grund: Das Fleisch, das der polnischen Bevölkerung vorenthalten wird, findet sich in den Regalen der westdeutschen Supermärkte wieder, unter der Bezeichnung: "Yano" - saftiges polnisches Schweinefleisch.....

Ganz anders als im revisionistischen Polen ist die Lage im sozialistischen Albanien. Hierzu ein Beispiel aus dem Bereich der Landwirtschaft. Die in den Tomatengewächshäusern angebauten Tomaten (früheste Ernte in Europa) dürfen erst dann exportiert werden, wenn die Versorgung der einheimischen Bevölkerung sichergestellt ist. Hier sieht man, daß im Sozialismus nicht Profitinteressen, sondern die Interessen der Bevölkerung zählen....

Rotfront, ein Rotgardist

★ ★ ★

Zwischen Weihnachten und Neujahr 73 fuhren wir, 2 Rotgardisten aus NRW nach Westberlin. Dabei nahmen wir auch die Gelegenheit wahr, die Hauptstadt der DDR zu besuchen. Hier hatten wir auch die Möglichkeit, mit Jugendlichen zu diskutieren. Wir stellten fest, daß die Verräterrolle der Kreml- und SED-Zaren und die korrekte Linie der VR China und der VR Albanien der proletarischen Bevölkerung und insbesondere der Jugend in der DDR täglich klarer wird.

In einem Gespräch erfuhren wir von 2 ungeheuerlichen Schweinereien. In einem Großbetrieb in Ost-Berlin schrieb ein Kollege die Parole: "Freiheit für Palästina" an das Schwarze Brett, wobei er beobachtet wurde. 5 Minuten später war die Parole verschwunden und der Kollege fristlos entlassen.

Das zweite Beispiel zeigt eindringlich, wie fortschrittliche und revolutionäre Kräfte von der Revisionisten-Clique der DDR verfolgt werden. Ein Genosse, der Literatur aus der VR China zu Hause hatte, wurde von einer FDJ-Funktionärin angezeigt und verschwand kurz darauf spurlos. Dieser Vorfall lag bei unserem Besuch 3 Wochen zurück und es fehlte noch immer jede Nachricht von diesem Genossen.

Wir waren auch in der Familie eines SED-Funktionärs zu Gast und diskutierten über die Zielrichtung der D"K"P und ihren "friedlichen Weg zum Sozialismus", natürlich auch am Beispiel Chile. Während wir die Illusion dieses Weges herausstrichen, entgegnete der SED-Mann, daß gerade das Beispiel Chile uns die friedliche Lösung aufzeigt, da nicht die mangelhafte Bewaffnung des Volkes sondern das Eingreifen der imperialistischen Aggressoren für das Scheitern verantwortlich gewesen wäre....

Am Silvesterabend erlebten wir, wie zügellos sich die neue Bourgeoisie in der DDR ausleben kann. Eine Reihe von Prunkschlitten wie Mercedes, Jaguar, aber auch Tatra mit Kennzeichen aus Ost- und Westberlin fuhren am Hotel "Stadt Berlin" vor, wo die Bonzen die Feier veranstalteten und gemeinsam zu Krimsekt und Wein rülpsten, während 200 Meter weiter am Bahnhof ein alter Mann die Papierkörbe nach Eßbarem durchsuchte".

KOMMENTAR DER REDAKTION:

Das Argument, mit dem der SED-Funktionär Chile als Beispiel für den "friedlichen Weg" heranziehen will, ist wirklich ein Glanzstück revisionistischer Logik: Das Volk hat nicht zu wenig Waffen, sondern die Imperialisten haben zuviel. Wenn die Imperialisten nur so wenig Waffen hätten wie das Volk, dann ginge es auch friedlich. Ja, wenn das Wörtchen wenn nicht wär! Gerade Chile aber zeigt, daß die Imperialisten bis an die Zähne bewaffnet sind, daß sie ihre Militärmaschinerie brutal gegen das Volk einsetzen, um ihre Macht zu erhalten. Die Aufgabe einer kommunistischen Partei ist es deshalb, die Arbeiterklasse und das gesamte werktätige Volk zur gewaltsamen Zerschlagung der Macht der Imperialisten zu führen. Nur in der bewaffneten Revolution kann der Sieg über die Ausbeuter und Unterdrücker errungen werden.

Solidarität mit politisch Verfolgten!

Auf das Spendenkonto zur Unterstützung von politisch Verfolgten, Konto Karin Sandmann, 46 Dortmund, Dresdner Bank, Konto Nr. 81 355 107, wurden seit der letzten Veröffentlichung einer Spendenliste eingezahlt:

NACHTRÄGE: Von unbekannten Spendern wurden eingezahlt:

17.10.73 - 37,00 DM, 17.10.73 - 60,37 DM, 17.10.73 - 95,00 DM, 19.10.73 - 241,80 DM, 19.10.73 - 37,00 DM, 19.10.73 - 41,00 DM, 19.10.73 - 220,00 DM, 1.12.73 - 96,50 DM.

Seit dem 1.12.73 sind folgende Spenden eingegangen:

1.12.73 - W.K. Essen - 10,00 DM, 4.12.73 - Kollegentreffen Taiflingen - 30,00 DM, 6.12.73 - Veranstaltung zur verbotenen Demonstration der CISNU in Köln der OG Recklinghausen - 104,00 DM, 6.12.73 - J.B. Essen - 20,00 DM; 10.12.73 - Betriebszelle Bruckmann, München - 55,00 DM; 12.12.73 - unbekannt - 140,00 DM; 21.12.73 - unbekannt - 109,00 DM; 21.12.73 - Veranstaltung zum Haus-Voß-Prozeß, Dortmund - 789,33 DM; 17.12.73 - Geburtstagsfeier in Gelsenkirchen - 426,00 DM; 31.12.73 - H.D., Bonn - 50,00 DM; 31.12.73 - Veranstaltung KSB/ML München - 75,48 DM; 31.12.73 - Arbeitertreffen Westberlin/Neukölln - 140,00 DM; 31.12.73 - unbekannt - 65,00 DM; 7.1.74 - unbekannt - 280,00 DM; 10.1.74 - Heidenheim - 30,00 DM; 10.1.74 - A.K. Westberlin - 156,50 DM; 10.1.74 - I.T. Hamburg - 20,00 DM; 16.1.74 - unbekannt - 30,00 DM; 16.1.74 - unbekannt - 57,00 DM; 14.1.74 - Veranstaltung zum 5. Jahrestag der Parteigründung in Mannheim - 110,00 DM;

SUMME: 3.525,98 DM

Demnach wurden seit Eröffnung des Kontos gespendet: 6.073,16 DM

Anmerkung: Ein Teil der eingegangenen Spenden mußte abgebucht werden unter "Spender unbekannt". Zwar wurden alle eingezahlten Spenden von der Bank verbucht, ein Teil der Belege jedoch, die Name und Anschrift des Spenders enthalten, kamen nicht bei K. Sandmann an, obwohl die Bank versicherte, sie abgeschickt zu haben. Wir bemühen uns, einen Weg zu finden, der sicherstellt, daß alle Namen von Spendern veröffentlicht werden.

Solidarität mit dem Kampf des spanischen Volkes gegen die faschistische Diktatur unter der Oberherrschaft des US-Imperialismus

Weg mit dem Todesurteil gegen Puig Antich!

Die revolutionäre, patriotische und antifaschistische Front (FRAP) ruft alle fortschrittlichen Organisationen auf, am 16. Februar in Düsseldorf gegen den Yankee-Franco-Faschismus zu demonstrieren. Es gilt Puig Antich den spanischen Henkersknechten zu entreißen!

Am 8.1.74 wurde Salvador Puig Antich von Francos Henkersknechten zum Tode verurteilt. Im jetzigen Augenblick droht dem Genossen Puig, Mitglied der iberischen Befreiungsbewegung (MIL), dem der Mord an einem Geheimpolizisten vorgeworfen wird, die Hinrichtung. Zwei weitere Mitglieder der MIL, J.L.P. Lovet und M.A. Mateos wurden im selben Militärgerichtsprozeß zu 30 Jahren und 6 Jahren Gefängnis verurteilt. Anderen Patrioten und Revolutionären stehen Prozesse, Folter und Tod bevor.

Dieser Terror ist die Antwort des Yankee-Franco-Faschismus auf die erstarkenden Kämpfe des spanischen Volkes. Besonders das vergangene Jahr war ein Jahr von grossen Erfolgen in diesem Kampf.

Auf die großartigen Kampftage vom 1. und 2. Mai, zu denen die FRAP aufgerufen hatte, folgten:
– im Juli der Generalstreik von Navarra und Pamblona, von der FRAP im entscheidenden Maße mitgetragen, an dem über 100.000 Arbeiter, Bauern und Studenten beteiligt waren.
– im Oktober der Bauarbeiterstreik in Madrid, an dem unter der Führung der spanischen revolutionären Gewerkschaftsopposition (OSO) und anderen Mitgliedern der FRAP 80.000 Bauarbeiter teilnahmen.
– im Dezember die Hinrichtung von Carrero Blanco, rechte Hand des Mörders Franco.
– neuere Kämpfe in letzter Zeit...

Den Höhepunkt all dieser Kämpfe, die im Rahmen des Kampfes zum Sturz der faschistischen Diktatur und der Vertreibung der US-Imperialisten stehen, bildete die Proklamation der FRAP am 6.1.74 nach dreijähriger Vorbereitungszeit.
Sie ist die legitime Vertreterin des revolutionär kämpfenden spanischen Volkes.

Angesichts dieser Erhebungen des Volkes reagiert die bedrängte faschistische Diktatur mit brutalem Terror:
Hunderte von Gefangenen werden grausam gefoltert, vor allem die Revolutionäre aus Madrid, die beschuldigt werden, Mitglieder der FRAP zu sein.
Diese Folterungen gingen bis hin zum Mord an dem Genossen Cipriano Martos, Bauarbeiter, Mitglied der FRAP und der PCE/ML. Andere wurden erschossen, wie Genosse Jesus Arteche, Mitglied der ETA.

Die revisionistische P'C'E, unter der Führung Carillos, versucht den revolutionären Kampf gegen diesen Terror mit ihrem "Pakt für die Freiheit" zurückzuzerren. Bei dieser verbrecherischen Politik findet sie auch die offene oder versteckte Unterstützung von verschiedenen Verräterorganisationen in der Bundesrepublik. Aber das spanische Volk durchschaut den Verrat der modernen Revisionisten immer besser. Tag für Tag schließen sich mehr Kämpfer den 6 Punkten des Programms der FRAP an.

In der Bundesrepublik werden die Nachrichten über den heldenhaften Kampf des spanischen Volkes systematisch unterdrückt. Das ist kein Wunder. Denn – auf den Fußspuren der Hitlerfaschisten – stecken die westdeutschen Imperialisten mit dem Yankee-Franco-Faschismus unter einer Decke. Durch "Kapitalinvestitionen" und Militärstützpunkte tragen die westdeutschen Imperialisten zur Ausbeutung und Unterdrückung des spanischen Volkes bei. Kaum zwei Jahre ist es her, daß die westdeutschen Behörden Jose Complido, Arbeiter bei Opel und Mitglied der OSO über Nacht verschwinden ließen...

Aber gegen die konterrevolutionäre Zusammenarbeit der spanischen Faschisten und der westdeutschen Imperialisten steht die Freundschaft zwischen dem spanischen und dem deutschen Volk.

SIEG IM VOLKSKRIEG!
KLASSENKAMPF IM EIGNEN LAND!

Demonstration:

Abmarsch: 11.00 Uhr

Schadowplatz

AM 16. FEBRUAR IN DÜSSELDORF



Y TRAS EL F.R.A.P. VA SEGURO A DARLE AL BORBON MUY DURO

Bitte den Bestellschein in Blockbuchstaben ausfüllen.

BESTELLSCHEIN

ROTER MORGEN

HIERMIT BESTELLE ICH:
PROBENUMMER
ABONNEMENT
AB NUMMER........ .....

Bestellungen an:
Verlag G. Schubert
46 Dortmund-Hörde
Postfach 526
Ein Jahresabonnement des ROTEN MORGEN kostet 25 DM

NAME, VORNAME ....
BERUF ....
POSTLEITZAHL, ORT ....
STRASSE ....
DATUM ....
UNTERSCHRIFT ....

Parteiveranstaltungen

Am 8.2.74 findet in Heidenheim eine Veranstaltung statt unter dem Thema: Hände weg von der KPD/ML! Beginn: 1930. Uhr, Gast "Sonneneck", Ostplatz.

Parteibüros

HAMBURG: Stresemannstr. 110

Kiel: Reeperbahn 13, Tel.: 0431/74 762

Bremen: Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70.

Mannheim: Lortzingstr. 5.

Öffnungszeiten: Dienstag: 16.00 - 18.3o Uhr, Donnerstag: 16.00 - 18.3o Uhr, Samstags: 9.00 - 13.00 Uhr.

München: 8 München 2, Thalkirchnerstr. 19 Tel.: 089/77 51 79.
Öffnungszeiten: Mittwoch: 17.00 - 19.00 Uhr, Samstag: 9.00 - 14.00 Uhr.

"Widerstand ist nötig"

Am Spätnachmittag des 30.1. durchsuchten zivile Polizisten vom Frankfurter Politischen Kommissariat fast gleichzeitig die Räume der Buchhandlung "Libresso" und des ASTA der Universität. Mehrere Hundertschaften Uniformierte warteten in der Uni. In den Räumen des ASTA wurden die Druckplatten eines Flugblattes beschlagnahmt, das unter dem Titel "Widerstand ist nötig" zum militanten Widerstand bei den anstehenden Häuserräumungen im Frankfurter Westend aufrief.

Ungeachtet dieser Maßnahme konnte das gleiche Flugblatt noch in der Woche gedruckt und am nächsten Tag verbreitet werden. Während der Durchsuchung der ASTA-Räume gelang es, mehrere hundert Studenten, sowie einige Hochschullehrer und Passanten zusammenzutrommeln. ASTA-Sprecher sorgen dafür, daß die Zivilen frei abziehenkkönnen. Kaum sind sie in Sicherheit, schlagen die Uniformierten zu. Mit Schlagstöcken und Wasserwerfern gehen sie mehrmals gegen die Versammelten vor. Dabei gab es etliche Verletzte und zwei Schwerverletzte.

Während unsere Genossen (es waren leider nur wenige zu dem Zeitpunkt anwesend) gemeinsam mit anderen fortschrittlichen Studenten Widerstand leisteten und unter den Parolen: "Hände weg vom ASTA", "Bullen raus aus der Uni", gegen die Polizei vorgingen, saßen die Revisionisten vom "M"S-B - Spartacus und seiner Tarnorganisation SHB sicher im ASTA und versuchten abzuwiegeln. **Sie verweigerten sogar die Herausgabe eines Megaphons, damit die Passanten und die Anwohner bloß nicht über den Polizeiüberfall aufgeklärt werden konnten.** Damit haben sie sich wieder einmal als Feind der kommunistischen und fortschrittlichen Studenten und als Liebediener der Bourgeoisie und ihres Unterdrükkungsapparates erwiesen.

Am nächsten Tag, dem 31.1. zog eine Studentendemonstration in die Frankfurter Innenstadt, um gegen die politische Unterdrückung an der Uni zu protestieren. Während dieser Zeit wurde der ASTA noch einmal - diesmal ohne Erfolg - durchsucht.

Trotz dieser Maßnahmen, die unmittelbar der Räumung der besetzten Häuser dient, stehen in Frankfurt tausende Kommunisten und fortschrittliche Menschen bereit, um der Räumung militanten Widerstand entgegenzusetzen.

KAMPF DEM POLIZEITERROR!

PROZESS GEGEN N.OSSWALD UND M. SCHULTE ALS «RÄDELSFÜHRER EINER KRIMINELLEN VEREINIGUNG»:

DER KOMMUNISMUS LÄSST SICH NICHT VERBIETEN!



VORWÄRTS IM GEISTE ERNST THÄLMANNS!
VORWÄRTS MIT DER KPD/ML!

Bestellungen an:
Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11
Postfach 11 16 49
Preis: 1,50 DM
5o Pfg. davon sind eine Solidaritätsspende für die Angeklagten

ANKÜNDIGUNG:

Am 16./17.2.74 veranstaltet die ROTE HILFE Dortmund einen Kongreß unter dem Thema: Kampf der politischen Unterdrückung: Im Mittelpunkt des Kongresses wird der Kampf gegen den Prozeß gegen die Genossen Schulte und Oßwald stehen. Dazu werden die Angeklagten, Vertreter der ROTEN HILFE, KPD/ML und befreundeter Organisationen sprechen.

Die Veranstaltungen finden statt in der Gaststätte "Berghof", Dortmund-Dorstfeld, Wittener Str. 205, Termine: 16.2. um 19.oo Uhr, 17.2. um 10.3o Uhr und 15.oo Uhr. Die ROTE HILFE Dortmund bittet darum, Delegationen zum Kongreß zu senden, in Grußadressen Solidarität mit den Angeklagten Schulte und Oßwald zu üben.

ERKLÄRUNG

In Würzburg ist ein gewisser Herr Ficker zu 900,– DM Geldstrafe verurteilt worden. Unseres Wissens hat er sich selbst bezichtigt, als Redaktuer des Roten Morgen für das im Sommer 72 erschienene Extrablatt des Roten Morgen "Die Mörder sitzen in Bonn!" als Autor und Redakteur verantwortlich zu sein. Wir stellen dazu fest, daß zwischen Herrn Ficker und der KPD/ML keinerlei Beziehungen bestehen. Herr Ficker war selbstverständlich auch nie Mitglied der Redaktion des Roten Morgen. Er hatte folglich auch mit dem Erschienen des besagten Extrablattes nicht das Geringste zu tun. Dieser Sachverhalt ist der Klassenjustiz durchaus bekannt, da sie wegen des selben Artikels bereits den Genossen Ernst Aust als damaligen verantwortlichen Redakteur des Roten Morgen verurteilt hat.

Die RM-Redaktion.